©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

OBERBÜRGERMEISTER IN JENA 1945/46

Aus den Erinnerungen von Dr. Heinrich Troeger

Bei seinem Tode hinterließ Dr. Heinrich Troeger (1901–1975), zuletzt (1958–1969) Vizepräsident der Deutschen Bundesbank, umfangreiche Aufzeichnungen unter dem Titel „Erlebtes und Gedachtes, Erinnerungen von 1945 bis 1970". Diese Memoiren sollten „einen Teil dessen festhalten, was ich mir als bemerkenswerte Erlebnisse und Meinungsäußerungen – sowohl fremde als auch eigene – während meiner Berufstätigkeit in verschiedenen öffentlichen Stellungen im allgemeinen regelmäßig in meinen Tagebüchern notiert habe".

Als Persönlichkeit der deutschen Nachkriegsgeschichte ist Troeger den Zeitgenossen nicht unbekannt gewesen. Geboren am 4. März 1901 in Zeitz, wurde er nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften und Absolvierung des juristischen Vorbereitungsdienstes schon 1926 Erster Bürgermeister der schlesischen Stadt Neusalz an der Oder und war ab 1931 Mitglied des Provinziallandtages von Niederschlesien für die SPD. Diese Tätigkeiten fanden im März 1933 aus politischen Gründen ihr Ende; Troeger arbeitete danach als Rechtsberater und wurde 1936 als Verwaltungsrechtsrat beim Preußischen Oberverwaltungsgericht in Berlin zugelassen. Das Kriegsende und die ersten beiden Monate danach erlebten Troeger und seine Familie in Neustadt an der Orla (Thüringen); im benachbarten Jena übernahm er dann Anfang Juli 1945 eine Aufgabe, die schwer und verlockend zugleich war und über die er im nachfolgenden berichtet. Als sich nach den Gemeindewahlen in der sowjetischen Besatzungszone (8. September 1946) zeigte, daß sich seine Tätigkeit als Oberbürgermeister von Jena nicht fortsetzen ließ, siedelte Troeger Anfang November 1946 nach Berlin über und ging von dort nach Hessen. Im Anschluß an eine halbjährige Zugehörigkeit zum hessischen Finanzministerium (Ministerialdirektor) wurde er Ende Juli 1947 Generalsekretär zunächst des Exekutivrates und 1948 des Länderrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes in Frankfurt. Nach Konstituierung der Bundesorgane folgte abermals Tätigkeit in einem Ministerium (Ministerialdirektor im Finanzministerium Nordrhein-Westfalen). 1951–1956 war Troeger hessischer Finanzminister und 1956/1957 Präsident der Landeszentralbank Hessen. Im Zusammenhang mit der Umwandlung der Bank deutscher Länder in die Deutsche Bundesbank wurde er 1958 deren Vizepräsident und bekleidete dieses Amt bis 1969. Neben akademischen Ehrungen 1966 mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband ausgezeichnet, starb Troeger am 28. August 1975 in Bad Nauheim. Die letzten sieben Jahre hatte er in Jugenheim an der Bergstraße gelebt.

Die Gründe für die Auswahl des nachstehend abgedruckten Abschnittes aus den Erinnerungen Troegers ergaben sich nicht zuletzt aus dem Umstand, daß Berichte

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Beteiligter über die ersten Phasen des politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus in Gebieten außerhalb der heutigen Bundesrepublik selten sind. Daneben war auch die hier wiedergegebene Dichte des persönlichen Erlebens, verstärkt durch die – im Anfang – unmittelbare Verwendung von Tagebuchaufzeichnungen, mitbestimmend. Fortgelassen wurde lediglich ein abschließendes kleines Kapitel, das im wesentlichen die Ansprache Troegers bei der Amtsübergabe an den Nachfolger enthält. Im übrigen beschränken sich die Eingriffe auf einige Kürzungen und Vereinheitlichung der Schreibweise. Wo Bemerkungen, z. B. bei Tagebuchtexten, zu offenkundigen späteren Veränderungen oder Einschüben notwendig wurden, sind sie im Anmerkungsapparat erfolgt. Für die Genehmigung, den Abschnitt über die Oberbürgermeisterzeit in Jena zu veröffentlichen, sei auch an dieser Stelle der Erbengemeinschaft Troeger vielmals gedankt.

Der Bericht Troegers beginnt mit einer Eintragung vom 10. Juni 1945, etwa acht Wochen nach der Besetzung Thüringens durch die amerikanische Armee, die das Land jedoch nur interimistisch verwaltete. Da angesichts des großen Geländegewinns während der April-Operation (außerhalb der künftigen US-Besatzungszone) die der Armee zur Verfügung stehenden Military Government Detachments nicht ausreichten, mußten bei den Korps und Divisionen in Thüringen und Westsachsen im Eilverfahren neue Einheiten gebildet werden, so auch (entlang der Autobahn) für Erfurt, Weimar, Jena und Gera. Dennoch blieb die Kontrolle des thüringischen Raumes auf die Dauer unvollkommen, zumal während der nachfolgenden Wochen bei den Kampftruppen laufend Umgruppierungen und Teilabzüge vorgenommen wurden und, wie gesagt, den amerikanischen Stäben bekannt war, daß ihr Aufenthalt in Thüringen nur vorübergehend sein würde.

Thilo Vogelsang

Dokument

A. TAGEBUCH-AUFZEICHNUNGEN

Neustadt, den 10. Juni 1945

Aller Gemüter sind vom Russenschreck erfüllt. Ich war am Dienstag [5. Juli] vergnügt und zuversichtlich mit einem Fahrrad von Weimar heimgekehrt, wo ich meine Mutter, meinen Bruder Eberhard und dessen Frau wohl angetroffen hatte.

[. . .]

Beim Innenministerium und Finanzministerium in Weimar gab ich je eine Bewerbung ab, wobei mir Finanzminister Moog[1] nach einer kurzen Besprechung gute Hoffnung

[1] Leonhard Moog (1882–1962), vor 1933 in führender Stellung bei der Angestellten-Gewerkschaft GAD sowie für die Deutsche Demokratische Partei (DDP) als Stadtverordneter in Weimar und Landtagsabgeordneter tätig, war von der amerikanischen Militärregierung zum Leiter des Finanzressorts bestellt worden. Die Bezeichnung „Finanzminister" ist für die Zeit bis zur Regierungsbildung nach den ersten Landtagswahlen (20. Oktober 1946) unrichtig. Nach Eintreffen und mit Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht rief M. am 9. Juli 1945 in Weimar den thüringischen Landesverband einer neuen DDP, später LDP,

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auf eine Anstellung für Ende Juni gemacht hatte. Am Mittwoch [6. Juni] brachte das Radio die Nachricht, daß die Russen nach den Beschlüssen von Jalta die Besetzung von Sachsen, Thüringen und der Provinz Sachsen für sich beanspruchten[2]. Wie gelähmt waren alle diejenigen, die etwas zu verlieren hatten, und das sind in Thüringen nicht wenige. Es ging ein Fragen und Überlegen, ein Kalkulieren und Planen an: „Kommen sie oder kommen sie nicht?" – „Ich denke, sie werden nicht kommen, denn die Amerikaner werden die Russen nicht weiter hereinkommen lassen! Die Amerikaner werden doch die von ihnen eroberten Gebiete nicht aufgeben!" – „Der Stadtkommandant soll gesagt haben: Es läge kein Grund zur Beunruhigung vor." Andere meinten, es wäre noch ein Ausgleich für die französische Besatzungszone auszuhandeln – dafür wäre Thüringen das geeignete Objekt.

Wie sollten auch die Amerikaner die Zeiß-Werke[3] den Russen überlassen! Man spricht von einer Linie Magdeburg – Dessau – Halle – Merseburg – Leipzig; andere reden von der Saale-Linie, wieder andere sind bereit, Greiz und Altenburg den Russen zu überlassen. Es ist ein angstvolles Durcheinander; viele reden offen von der Flucht irgendwohin, Hauptsache wäre, aus der russischen Besatzungszone herauszukommen. Es werden tolle Greueltaten erzählt. Flüchtlinge aus Ostpreußen sind dafür die beliebtesten Auskunftsquellen. Jeder hat einen dieser Flüchtlinge gesprochen und weiß aus sicherster Quelle davon zu berichten. Da es keine Post gibt, sind alle Voraussetzungen für eine Stimmungsmache gegeben. Sonnabend-Nacht [9. Juni] war stürmische Aufregung im Schloß Arnshaugk[4]. Um ½ 2 Uhr schlug jemand an das Haustor und begehrte Einlaß. Es war ein jugoslawischer Arbeiter mit zwei Pferden am Halfterband. Er schrie: „Feuer, das ganze Haus brennt", und gab auf alle Fragen immer nur diese eine Auskunft. Das Tor wurde geöffnet, die Pferde trappelten auf den Hof. Manche Bewohner kamen aus den Türen, andere schauten aus den Fenstern voller Neugierde. Ich fragte: „Was ist denn eigentlich los? Ich sehe nichts von einem Feuer." „Was wird schon sein?" antwortete eine Frau, „die Russen sind da!" Es war eine falsche Vermutung, jedoch bezeichnend für die Stimmung im Volke. Heute [15. Juni], sechs Tage später[5], ist eine ruhigere Haltung an die Stelle törichten Aberwitzes getre-

---

ins Leben (E. Krippendorf, Die Gründung der Liberal-Demokratischen Partei in der Sowjetischen Besatzungszone 1945, in dieser Zeitschrift 8 [1960], S. 296 f.) M. führte sein Amt (ab 1946 „Finanzminister") auch unter den SED-Ministerpräsidenten Dr. Paul und Eggerath weiter. Als gegen ihn aus politischen Gründen ein Prozeß eröffnet werden sollte, flüchtete M. am 18. Januar 1950 über Westberlin in die Bundesrepublik (vgl. H. Krieg, LDP und NDP in der „DDR" 1949–1958, Köln u. Opladen 1965, S. 67).

[2] Die Grenzen der sowjetischen Besatzungszone waren bereits in einem Protokoll der European Advisory Commission vom 12. September 1944 festgelegt worden (endgültige Fassung vom 14. November 1944). Nach der einen Monat später erfolgten Billigung durch die Regierungen der USA und Großbritanniens stimmte auch die sowjetische Regierung am 6. Februar 1945 anläßlich der Jalta-Konferenz zu. Wortlaut der Protokolle in: Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers, The Conferences at Malta and Yalta 1945, Washington 1955, S. 118–123.

[3] Zeiß-Werke: weltbekanntes Unternehmen für feinmechanische und optische Erzeugnisse, 1846 von Carl Zeiß (1816–1888) gegründet, 1891 vom Inhaber Ernst Abbe auf die Carl-Zeiß-Stiftung übertragen. Vor dem Zweiten Weltkrieg beschäftigten die Zeiß-Werke zuletzt etwa 10 000 Arbeitnehmer.

[4] Schloß im Stadtgebiet von Neustadt, dessen Anfänge auf das 12. Jahrhundert zurückgehen, zuletzt umgebaut 1764.

[5] Es ist nicht mehr auszumachen, ob das Fehlen von Datierungen beim „Weiterschreiben" des Textes aus dem Jahre 1945 herrührt oder ob Datumszeilen bei der später vorgenommenen Abschrift für die Erinnerungen versehentlich ausgelassen worden sind.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten. Allerdings wächst die Gewißheit des Besatzungswechsels von Tag zu Tag. Wer kann, hört am Radiogerät, was die Konferenz der drei Marschälle in Frankfurt am Main[6] Endgültiges festlegt.

Meine Haltung ist klar: Ich bleibe mit meiner Familie hier,

1. weil wir gar nicht fort könnten,
2. weil die russische Besatzung im Zuge eines nachkriegerischen Aktes nichts Schlimmes sein dürfte,
3. weil mit dem Rücktransport der Evakuierten und Geflohenen in die Heimatgebiete zu rechnen ist.

Ich will bleiben, wo mich das Schicksal hingestellt hat, denn alle anständig denkenden Deutschen werden Hand anlegen müssen, wenn das deutsche Volk noch jemals zu einer politischen Geltung kommen soll. Wenn die Sieger Bestrafung, Erziehung und Vergeltung üben, dann müssen wir einig sein, mit allen denjenigen Versöhnung zu betreiben, die sich nichts haben zu Schulden kommen lassen, außer daß sie zu den politisch Urteilslosen gehörten.

Eines Tages erfuhr ich[7], daß es wieder möglich sei, mit der Eisenbahn zu fahren. Als immer noch amtierender Treuhänder der kanadischen Firma Massey-Harris, bestellt von dem Reichskommissar für das Feindvermögen, früher in Berlin, jetzt in Bad Berneck, Fichtelgebirge, wollte ich mich sowohl um das Warenlager der Firma und die dazugehörigen Angestellten in Welsleben bei Magdeburg kümmern wie auch um die eigenen Sachen in vielleicht zehn Koffern und Kisten, die ich dorthin von Berlin gebracht hatte. Ich bekam vom Stadtkommandanten in Neustadt einen Passierschein und machte mich auf den Weg, zunächst mit dem Fahrrad über Jena nach Weimar. Unterwegs beschloß ich, bei Dr. Otto Wagner[8], dem früheren Oberbürgermeister von Breslau, vorzusprechen, von dem ich wußte, daß er nach der Amtsenthebung durch die NSDAP im Jahre 1933 nach Jena umgezogen war und die Leitung der Stiftssparkasse übernommen hatte. In seiner Wohnung hörte ich, daß er von den Amerikanern zum kommissarischen Oberbürgermeister von Jena eingesetzt war. Auf seinem Büro war er nicht anzutreffen, weil er dienstlich in Weimar bei der Regierung zu tun hatte. Regierungspräsident von Thüringen war damals noch der Sozialdemokrat Dr. Hermann L. Brill[9], der bis zum Ende der Naziherrschaft im Konzentrationslager in Buchenwald ge-

---

[6] Die Zusammenkunft der drei Militärgouverneure in Frankfurt dauerte nur einen Tag (10. Juni 1945) und diente lediglich dem Zweck einer Dekorierung Eisenhowers und Montgomerys mit einem sehr hohen sowjetischen Kriegsorden, die von Marschall Schukow vorgenommen wurde (G. K. Schukow, Erinnerungen und Gedanken, Stuttgart 1969, S. 641; D. D. Eisenhower, Kreuzzug in Europa, Amsterdam 1948, S. 499 f.)

[7] Von dem hier beginnenden Absatz bis zur nächsten Datumszeile (27. Juni 1945) handelt es sich zweifellos um einen späteren Einschub in das Tagebuch. Dies geht sowohl aus der unbestimmten Zeitangabe am Anfang („Eines Tages erfuhr ich ...") als auch aus der nachfolgenden Erläuterung im Text („Regierungspräsident von Thüringen war damals noch ...") hervor.

[8] Dr. Otto Wagner (geb. 1877) stammte aus Thüringen und war bald nach seiner zweiten juristischen Staatsprüfung bereits 1905–1908 als 2. Bürgermeister in Jena tätig gewesen. 1908 wurde er besoldeter Stadtrat in Breslau und war 1919–1933 Oberbürgermeister dieser Stadt.

[9] Dr. Hermann Louis Brill (1895–1959), ursprünglich Lehrer, nach juristischem Studium schneller Aufstieg in der thüringischen Ministerialverwaltung (Ministerialdirektor), 1932 Reichstagsabgeordneter der SPD. Von den Nationalsozialisten seiner Ämter in Thüringen enthoben, gehörte B. ab Dezember 1936 führend einer sozialdemokratischen Widerstandsgruppe in Berlin („Deutsche Volksfront") an. 1938 verhaftet und 1939 vom Volksgerichtshof

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sessen hatte, ein in Thüringen sehr bekannter Politiker – mir freilich vollkommen unbekannt. Dr. Schulz, der persönliche Referent von Dr. Wagner, mir bekannt von meiner Beratungstätigkeit für die Wikrafa (Wirtschaftsverband der Kraftfahrzeugindustrie) in Berlin, bedauerte, daß ich seinen Chef verfehlt hatte, nahm meine Wohnadresse in Neustadt entgegen und meine besten Empfehlungen an Oberbürgermeister Dr. Wagner. Ich radelte weiter nach Weimar und fuhr am nächsten Morgen, nachdem ich bei meiner Mutter übernachtet hatte, auf einem offenen Lastwagen viele Stunden lang bis Welsleben, wo der Fahrer von der Firma Massey-Harris Ersatzteile für landwirtschaftliche Maschinen holen wollte. Wir hatten ein gemeinsames Ziel, wenn auch aus verschiedenen Gründen. Das Ergebnis der beschwerlichen Reise war für mich gleich null, weil polnische Arbeiter aus der Umgebung von Welsleben alle meine Koffer und Kisten geplündert bzw. mitgenommen hatten; die Angestellten von Massey-Harris hatten es nicht gewagt, sie daran zu hindern. Der Lastwagenfahrer erhielt die gewünschten Waren und fuhr mit mir nach Weimar zurück.
Noch am Abend des gleichen Tages, an dem ich in Jena vorgesprochen hatte, erschien Dr. Wagner in Neustadt, fragte nach mir und meinem Befinden und wünschte lebhaft, daß ich ihn als Oberbürgermeister in Jena ablösen sollte: Er wäre zu alt für diesen Posten, zumal wenn die Russen kämen, er war richtig froh, in mir einen Kandidaten gefunden zu haben, den er dem antifaschistischen Komitee[10] in Jena vorschlagen konnte.
Ich empfand sein Vorhaben wie eine Erlösung in der Abgeschiedenheit in Neustadt und stimmte zu; nunmehr wartete ich auf die Entscheidung mit Ungeduld!

Neustadt, 27. Juni 1945
Es regnet seit morgens 6 Uhr in Strömen, ein Tag, der mich die Enge der Verhältnisse, in denen meine Familie mit sechs Kindern sowie einer Hausangestellten als Untermieter in der Wohnung von Frau Seibert, deren Mann Soldat ist, zusammengepfercht lebt, so ganz besonders spüren läßt.
[...]
Die innere Ruhe habe ich verloren, seitdem Dr. Wagner mich vor die Frage stellte, ob

---

wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt, wurde B. 1943 aus dem Zuchthaus Brandenburg-Görden in das KL Buchenwald eingeliefert. Nach seiner Befreiung im April 1945 verfaßte er das „Buchenwalder Manifest", wurde von Eugen Kogon der amerikanischen Militärregierung in Weimar für den Wiederaufbau der Landesverwaltung empfohlen und bereits am 25. April zu ihrem Berater ernannt. Am 9. Juni 1945 wurde B. als Regierungspräsident für Thüringen eingesetzt und beauftragt, eine Regierung zusammenzustellen (E. Kogon, Hermann Brill zum Gedächtnis, in: Polit. Vjschr. 6 [1965], S. 114ff.)

[10] Einzelne örtliche antifaschistische („Antifa-") Ausschüsse und Komitees bildeten sich – wie anderswo – auch in Thüringen im Anschluß an den Einmarsch der amerikanischen Armee: etwa ab Mitte/Ende April 1945. Der Grad ihrer Einschätzung seitens der Militärregierung war unterschiedlich und reichte von Zusammenarbeit (so offensichtlich, mindestens zuletzt, in Jena) über Duldung oder Nichtbeachtung bis zum gelegentlichen Verbot (Beatrix Bouvier, Antifaschistische Zusammenarbeit, Selbständigkeitsanspruch und Vereinigungstendenz, Die Rolle der Sozialdemokratie beim administrativen und parteipolitischen Aufbau in der sowjetischen Besatzungszone 1945 auf regionaler und lokaler Ebene, in: Arch. Sozialgesch. 16 [1976], S. 445). Für generelle Aspekte der Existenz und Tätigkeit dieser Ausschüsse vgl. L. Niethammer [u. a.] [Hrsg.], Arbeiterinitiative 1945, Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland, Wuppertal 1976.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ich sein Nachfolger als Oberbürgermeister von Jena werden wolle. Ich habe zugesagt und bin ganz von Gedanken über mein neues Amt erfüllt. Heute habe ich nur fünf Stunden nächtlichen Schlaf gehabt, weil sich die Pläne und Kombinationen förmlich in mir jagen.

Neustadt, den 28. Juni 1945 [...]

30. Juni 1945 [...]

Neustadt, 1. Juli 1945
Wir ziehen um in eine Wohnung von drei Stuben und Küche, es sind Mansardenzimmer, klein, schmucklos, verwohnt – aber welch ein herrliches Gefühl, endlich wieder, wenigstens zu einem Teil, in eigenen Räumen und eigenen Möbeln zu sitzen und nicht noch gezwungen zu sein, in zwei oder drei Etappen zu essen, weil nur drei oder vier Personen am Tisch Platz nehmen können.
[...]

Jena, den 4. Juli 1945
Die Russen sind da, die Beschlüsse von Jalta wurden durchgeführt, bevor die drei großen Sieger in Berlin-Potsdam zusammentreten. Man hat dem polnischen Staate eine demokratische Regierung gegeben – mit welcher Unabhängigkeit? für welche Dauer? – und die russische Besatzungszone auf Thüringen usw. ausgedehnt. Bis zum letzten Moment war Ungewißheit verbreitet. Noch am Sonntag [1. Juli] hat der Regierungspräsident Dr. Brill dem Oberbürgermeister Dr. Wagner gegenüber bestritten, daß die Amerikaner abrücken würden, doch schon am Sonntag waren die Russen in Neustadt, in der Nacht vom 2. zum 3. Juli überschritten sie die Saale[11]. Vorher noch wollte mich Dr. Wagner in Jena haben; deshalb kam er mit Bürgermeister Löhnis am Montag abend [2. Juli] unerwartet nach Neustadt, um mich abzuholen. In 15 Minuten war alles fertig zur Abfahrt, denn um 9.30 Uhr ist in Jena Sperrstunde für die Zivilbevölkerung. Es war eine herrliche Fahrt über den bewaldeten Bergrücken durch den Schüsselgrund an dem Schloß „Fröhliche Wiederkunft" vorüber, die Abendsonne lag über den Bäumen, die noch vom eben heruntergegangenen Regen tropften. Nur wenige Menschen und Fahrzeuge waren unterwegs. Sooft uns Russen begegneten, beschlich uns das unsichere Gefühl, ob wir weiter fahren dürften. Dr. Wagner sah sich schon zu Fuß nach Jena laufen. Die Uhren waren beiseite gesteckt, damit sie nicht zwangsweise „verkauft" werden müßten. An einem Gasthaus standen zahlreiche russische Soldaten – es war ein spannender Augenblick – doch konnten wir ungeniert passieren. Etwas später hielt uns eine amerikanische Feldwache an, machte jedoch keine Schwierigkeiten. Mit dem Gefühl der Erleichterung passierten wir die Stadtgrenze von Jena. Ich wurde im Hotel zur Sonne abgesetzt, nahe am demolierten Rathaus. „Also morgen früh 8 Uhr sehen wir uns wieder." – „Jawohl, Herr Oberbürgermeister." „Gute Nacht" war meine Antwort.

[11] Die letzten Einzelheiten für den Rückzug der amerikanischen Truppen waren am 30. Juni 1945 in einer Besprechung in Wiesbaden zwischen GenLt. Haislip (USA) und GenOb. Tschuikow (Sowjetunion) festgelegt worden. Danach sollten sowjetische Vorauskommandos an bestimmten Orten bereits am 1. Juli eintreffen, alle Truppenbewegungen, nach Tageslinien gestaffelt, jedoch bis zum 4. Juli um Mitternacht beendet sein (E. F. Ziemke, The US Army in the occupation of Germany 1944–1946, Washington 1975, S. 306).

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der flüchtige Abschied in Neustadt hatte das Bewußtsein für den Übergang in einen neuen Lebensabschnitt in mir kaum aufkommen lassen. Erst als ich in meinem Hotelzimmer stand, wurde mir die Lage klar. In einer fremden, z. T. zerstörten Stadt sollte ich mich an oberster Stelle erneut bewähren. Ich sah mich um: ein abgewohntes Zimmer mit zwei Betten, zwei Stühlen, einem Schrank und einem Sofa ödete mich an, da es an Sauberkeit und Ordnung fehlte. Zerrissene, schmutzige Gardinen hingen vor den Fenstern, das eine von ihnen war durch einen nicht mehr intakten Verdunkelungsvorhang versperrt, in dem anderen fehlte eine Scheibe; das Loch war kümmerlich-schlecht mit zwei Pappstücken vernagelt. Die Nachttischlampe lag kaputt auf dem Schrank, die Betten waren offensichtlich schon benutzt, ein Handtuch fehlte. So fing der neue Oberbürgermeister in der Universitätsstadt Jena an. Ein symbolhaftes Bild für die Zustände in Jena selbst und im deutschen Vaterlande.

[...]

Gestern [3. Juli] fand eine erste Vorstellung durch Dr. Wagner statt. Zwei junge KPD-Männer, die inzwischen Ämter erhalten hatten, sollten mich kennenlernen, dazu für die SPD der betagte Betriebsratsvorsitzende von Schott[12]. Die beiden Kommunisten waren Typen der kämpferischen Arbeiterschicht, hagere Gestalten mit vollem Haar und eingefallenen Wangen; sie musterten mich scharf, gewannen aber bald Vertrauen. Als ich heute morgen [4. Juli] einem von ihnen einen Besuch machte, war er offen und kameradschaftlich zu mir. Inwieweit dieses Verhalten diktiert war von dem Bewußtsein, daß die Stelle des zweiten Bürgermeisters in Jena bald von einem Kommunisten besetzt sein würde, kann ich nicht sagen.

Schon am Nachmittag begegnete ich meinem zukünftigen Kollegen Karl Barthel in der Sitzung des erweiterten antifaschistischen Komitees, dem ich vorgestellt wurde und das mich zum Kandidaten für den Oberbürgermeisterposten wählte.

Barthel, ein vollwangiger Mann Anfang der 40er Jahre, trug seine Meinung zum Beamtenabbau vor. Es müßte das Berufsbeamtentum abgeschafft werden, auf die gesetzlichen Bestimmungen brauche man nicht erst zu warten, Pensionszahlungen kämen gar nicht in Betracht, eventuell müßten den Beamten Verfehlungen nachgewiesen werden, an denen es ja bei der Nazi-Korruption nicht mangeln könne. Diese Rede hat mich sehr betroffen. Wie soll ich mit einem Manne zusammenarbeiten, der in engem Kreise solche Ansichten vertritt, die übrigens mit fast gleicher Formulierung in dem Manifest der demokratischen Sozialisten des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald vom 13. April 1945 zu finden sind[13], und alle Schwierigkeiten und sachlichen Einwände mit glatten Worten abtut? Dr. Wagner hatte mich vorher gewarnt. Doch was kann ich tun, wenn das erweiterte antifaschistische Komitee die leitenden Posten in Jena praktisch schon besetzt hat und [bei] seiner Haltung und Entscheidung die Einigkeit der Arbeiterparteien in der Stadt von der Bestellung des Oberbürgermeisters abhängt. Von den Russen hat das Komitee offenbar alle Unterstützung zu erwarten, denn der heute anwesende hohe Offizier fragte sofort nach dem Präsidenten des Antifa-Komitees, erkundigte sich nach dessen bisheriger Arbeit, nach den Propaganda-Möglichkeiten in

---

[12] Schott: Jenaer Glaswerke Schott u. Genossen, von Friedrich Otto Schott (1851–1935) zusammen mit Ernst Abbe 1884 gegründet; als Lieferant für die optische Industrie später mit den Zeiß-Werken verbunden.

[13] Vgl. aus dem Abschnitt 2 des (von Dr. Brill mitunterzeichneten) „Manifest der demokratischen Sozialisten des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald" den Schlußsatz: „Das privilegierte Berufsbeamtentum ist abzuschaffen und durch ein hochqualifiziertes, sauberes, sozial modernes Volksbeamtentum zu ersetzen." Abdruck bei H. Brill, Gegen den Strom, Offenbach 1946, S. 96 ff. Weitere Äußerungen zur „Beamtenfrage" im ebenda, S. 88 ff., wiedergegebenen Tätigkeitsbericht des Volksfront-Komitees von Buchenwald.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jena, er ließ Anschlagzettel zurück und auch die neueste Nummer der deutschen Tageszeitung für das besetzte russische Gebiet. Darin las ich übrigens u. a., daß Eduard Spranger[14] jetzt Rektor der Berliner Universität ist und dem soeben gegründeten Kulturbund[15] angehört.

5. Juli 1945

Als ich heute morgen dem Leiter des Arbeitsamtes, Greve, einem KPD-Mann, begegnete, sagte ich ihm frei heraus, daß mir Barthel gestern nicht gefallen hätte, weil er eine Propagandarede vorgetragen hätte. Darauf entgegnete Greve: „Seien Sie ganz beruhigt! Wenn er vier Wochen mitgearbeitet hat, wird er anders sprechen. Mir ist es auch so gegangen."

Inzwischen hatten die Russen ihre Wünsche angesagt: 300 Büroräume, zahlreiche Wohnungen und Villen mit luxuriöser oder bequemer Ausstattung, Benzin, Fahrzeuge, Nahrungsmittel aller Art, Textilien usw. Alle zuständigen deutschen Stellen sprangen nur so vor Angst und Eile; es war viel toller als beim Einzug der Amerikaner in Neustadt im April. Die städtische Hauptverwaltung muß umziehen, die psychiatrische Klinik und andere Gebäude sind binnen zwölf Stunden freizumachen. An positive Arbeit ist in den nächsten Tagen bei dem Oberbürgermeister und seinen wichtigen Mitarbeitern nicht zu denken.

Trotzdem hielt Dr. Wagner die angesetzte Komiteesitzung ab, um mich für den Posten des Oberbürgermeisters nominieren zu lassen. Vor den versammelten Vertretern der Bevölkerung, etwa zehn Leuten, darunter Frau Unruh, die Tochter des großen Ernst Abbe[16], hielt er eine Ansprache, stellte mich vor, lobte mich und bat, der Stadt Jena in meiner Person den geeigneten Oberbürgermeister geben zu dürfen. Alle stimmten zu im Vertrauen auf die Empfehlung von Dr. Wagner, denn niemand von den Anwesenden kannte mich oder hatte jemals etwas von mir gehört. Ich bedankte mich für die ehrenvolle Vertrauenskundgebung. Als danach Wilhelm Richter, ein Vertreter der SPD und Vorsitzender der Ortskrankenkasse, den Dank des Komitees und seine Bewunderung für Dr. Wagner aussprach und mit den Worten schloß: „Herr Dr. Wagner, Sie sind ein großer Mann", traten diesem vor innerer Bewegung die Tränen in die Augen. Man beglückwünschte mich zu meinem neuen Amte und ging auseinander.

Am Nachmittag war Dr. Wagner zu einer vereinbarten Besprechung bei dem russischen Stadtkommandanten, während ich auf seinem Amtsstuhl die ersten Anordnungen über die Raumeinteilung und Raumausstattung für die Stadtverwaltung sowie in einigen anderen Fragen gab. Bürgermeister Dr. Rudolf Löhnis rannte inzwischen herum, um den Umzug der städtischen Büros aus dem Gebäude des ehemaligen Generalkommandos an die verschiedenen Stellen zu leiten und zu beschleunigen; der uneigennützige Mann kann nur bewundert werden, weil er unverdrossen mitarbeitet, obgleich er, als früheres Mitglied der NSDAP in sein Amt von der amerikanischen Besatzungsbehörde eingesetzt, mit seiner Entlassung nach kurzer Übergangszeit rechnen muß.

---

[14] Eduard Spranger (1882–1963), Philosoph und Pädagoge, Schüler von Wilhelm Dilthey, vor seiner Berliner Tätigkeit Ordinarius in Leipzig, ging 1946 an die Universität Tübingen.

[15] Die Gründung des als interzonale Organisation gedachten „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands" erfolgte am 4. Juli 1945 auf Betreiben der Sowjetischen Militäradministration in Berlin.

[16] Ernst Abbe (1840–1905), Physiker, Professor in Jena und zeitweilig auch Direktor der dortigen Sternwarte. Seit 1867 hatte er die wissenschaftliche Leitung der optischen Werkstätten der Firma Carl Zeiß inne. 1875 wurde er Mitinhaber, 1889 Alleininhaber; vgl. auch Anm. 3.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

6. Juli 1945

Die russischen Einrichtungsmaßnahmen gehen fort; es handelt sich um alle möglichen Anforderungen, die schnellstens erledigt werden müssen, wenn Requirierungen und unmittelbare Befehle an die betroffenen Bürger vermieden werden sollen. Da sollte heute z. B. binnen vier Stunden ein Stempel für den Stadtkommandanten beschafft werden. Da der einzige Stempelfabrikant, der letzte von drei Betrieben, total durch Bomben vernichtet ist, kam mir der Gedanke, den Stempel in Weimar zu besorgen. Dazu fehlte jedoch der Wagen, denn es hatten russische Offiziere inzwischen die beiden Dienstwagen des Oberbürgermeisters „beschlagnahmt", für einen anderen Wagen fehlte das nötige Benzin, denn die Russen hatten alle vorhandenen Tanks leer gemacht; am Ende waren sogar die Feuerwehr-Wagen entleert worden.

Schließlich nannte jemand einen Graveur, der einen Metallstempel für den Stadtkommandanten herstellen könnte, er brauchte freilich zwei Tage Zeit. Dann müsse er eben die Nacht durcharbeiten. Wie aber soll der Stempel aussehen? Die russischen Buchstaben waren ungenau mit Bleistift aufgezeichnet worden. Eine Dolmetscherin holte ein russisch gedrucktes Buch herbei und unterstrich die Buchstaben, die als Muster dienen sollten. Nunmehr muß sich der Graveur zurechtfinden. Hoffentlich klappt die Sache.

Dr. Wagner ist angesichts der sich überstürzenden Anforderungen der russischen Dienststellen und der oft damit verbundenen Drohungen aufgeregt und ängstlich; er sprach heute sogar von bevorstehenden Erschießungen. Es ist freilich eine Erschwernis, daß die uns fremde russische Sprache und Schrift hindernd im Wege stehen. Wenn wir nur eine Schreibmaschine mit russischen Typen hätten! Doch wer sollte sie bedienen? Mir ist, als wenn ich ständig Trab laufen soll und dabei einen Bauchladen umgehängt hätte.

Um 18 Uhr war die Vorstellung der Behördenleiter bei dem Stadtkommandanten. Er erschien allein mit einer Dolmetscherin – ein großer, kräftiger, blonder Mann, glatt rasiert, mit tief herabreichendem Haaransatz, dunklen Augenbrauen und zwei derben Fäusten. Die weißen Zähne kamen während der dreistündigen Verhandlung nur zum Vorschein, wenn ein Lächeln nicht zu unterdrücken war. Da die Übersetzung der nicht klar formulierten Anweisungen geraume Zeit in Anspruch nahm, löste sich bald die straffe Aufmerksamkeit bei den deutschen Teilnehmern der Besprechung. Es ist übrigens bemerkenswert, daß die Amerikaner Gesetze, Verordnungen und Bekanntmachungen erließen, meist nach Nummern geordnet, während die Russen jedenfalls bisher nur „Befehle" herausgegeben haben. Ich war Zeuge einer Äußerung eines russischen Majors, der zu Dr. Wagner sagte: „Das ist nun einmal so bei uns, es wird befohlen und der Befehl muß ausgeführt werden."

9. Juli 1945

Am 7. Juli 12 Uhr war ich bei dem Stellvertreter des Stadtkommandanten, einem Bolschewisten, der zugleich der Leiter der politischen Abteilung ist. Er legte mir einige Fragen vor, wie z. B., ob ich bei der NSDAP gewesen sei, ob ich zur Wehrmacht gehört hätte, ob ich während des Krieges in Frankreich gewesen wäre usw., usw. Ich habe alle Fragen prompt und wahrheitsgemäß beantwortet; mein Gegenüber war zufrieden. Dann hieß es: Die Sache wäre erledigt, ich würde noch einmal bestellt werden. Die Bedeutung der Fragen ist mir erst aufgegangen, als ich die Stadtkommandantur verließ. Ich bin davon überzeugt, daß der Politkommissar über mich genau Bescheid wußte; er hatte einige Papierbogen vor sich auf dem Schreibtisch liegen und wollte wohl nur prüfen, ob ich die Wahrheit sagen würde.

Bei dieser Gelegenheit mußte ich meinen Gesprächspartner davon überzeugen, daß es nicht möglich ist, der Stadtkommandantur eine Einwohnerregistratur in russischer

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sprache zu geben; es würden immerhin ca. 90 000 Karten zu übersetzen und zu schreiben sein[17]. Es wäre auch nicht möglich, eine Liste aller Gewerbebetriebe zu beschaffen und alle Warenvorräte bis „zum Bleistift" aufzuzeichnen, weil dies eine ungeheure Arbeit verursachen würde, was ich allein mit dem Beispiel der Apotheken und ihren 3000 verschiedenen Warensorten veranschaulichte. Der Befehl, die Warenlisten anzufertigen, wurde zurückgezogen; ich konnte gehen. Noch am Abend um 8 Uhr kamen russische Soldaten zu mir wegen Quartierbeschaffung. So geht es den ganzen Tag, denn der Oberbürgermeister kann alles und ist für alles zuständig und verantwortlich.

Am Sonntag [8. Juli] hielt Dr. Brill im Landtagssaal in Weimar eine famose Rede zur Neugründung der SPD[18]. Er hat mir dabei ungewöhnlich gut gefallen.

Am Montag früh [9. Juli] ging ich kurz vor 5 Uhr zum Bahnhof, um nach Weimar zu fahren; sogleich hielt mich eine deutsch-russische Streife an, weil noch kein Ausgang wäre. Man ließ mich aber nach einigem Hin und Her in meiner Eigenschaft als Oberbürgermeister von Jena laufen. Auf dem Bahnhof stellte ich fest, daß die Eisenbahn noch nicht die russische Sommerzeit eingeführt hatte, so daß ich eine Stunde zu früh aufgestanden war. Der Tag brachte neue Anforderungen der Russen, z. B. bis um 1/25 die Räumung des Oberverwaltungsgerichts und bis um 7 Uhr abends die Räumung des Ernährungsamtes des Landkreises Stadtroda. In der Abendsitzung des gemeinsamen kommunalpolitischen Ausschusses von SPD und KPD kam die Niedergeschlagenheit der Amtsleiter wegen der chaotischen Zustände drastisch zum Ausdruck, indem einige beim Eintritt in das Zimmer die Aktentasche hinwarfen und riefen: „Wenn ich doch bloß kein Amt hätte!" Es gibt in Jena keinen Tropfen Benzin. Am Abend besuchte ich Dr. Wagner, um ihm zu sagen, daß mich die Russen sofort zum Oberbürgermeister und Karl Barthel zum Bürgermeister ernennen würden; eigentlich wollten sie „einen Professor" als Stadtoberhaupt haben, waren schließlich aber auch mit meiner Person einverstanden; das erklärt sich wohl aus dem Votum des antifaschistischen Komitees. Dr. Wagner war sehr niedergeschlagen, weil er einige Stunden vorher eine unwürdige Behandlung bei der Stadtkommandantur erlitten hatte; der Posten in Zivil am Gartentor hatte ihn nicht hineingelassen, obwohl er bestellt worden war: der Kommandant wäre nicht da. Das stimmte nicht, doch daran muß man sich wohl als Deutscher gewöhnen.

---

[17] Die Einwohnerzahl der Stadt Jena war bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges von 52 650 (1925) auf 70 600 (1939) gestiegen. Die weitere Erhöhung dürfte sich aus der Verwendung nichtdeutscher Arbeitskräfte in den großen Betrieben während des Krieges sowie aus dem Zustrom von Evakuierten und Flüchtlingen ergeben haben. Für 1946 wurde die Einwohnerzahl mit 82 700 angegeben.

[18] Die Wieder- bzw. Neugründung von politischen Parteien war von der amerikanischen Militärregierung nicht geduldet worden und wurde – auf lokaler Ebene – in der US-Zone erst ab 27. August 1945 gestattet (C. F. Latour und Th. Vogelsang, Okkupation und Wiederaufbau, Die Tätigkeit der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands 1944–1947, Stuttgart 1973, S. 107). Die Sowjetische Militäradministration hatte dagegen bereits mit ihrem Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 die Gründung „antifaschistischer Parteien" erlaubt und ließ diesen Befehl jetzt auch in Thüringen gültig werden (vgl. auch Anm. 1, Gründung der DDP). Am 8. Juli 1945 trat der thüringische Landesverband der Sozialdemokratie unter dem Vorsitz Brills (bis Ende Dezember 1945) gemäß der Buchenwalder Tradition zunächst als „Bund der demokratischen Sozialisten" ins Leben. Zu dem von Brill damals angesprochenen Modell einer „autoritären Demokratie" siehe F. Moraw, Die Parole der „Einheit" und die Sozialdemokratie, Zur parteiorganisatorischen und gesellschaftspolitischen Orientierung der SPD in der Periode der Illegalität und in der ersten Phase der Nachkriegszeit 1933–1948, Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 67 ff.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Am Dienstag[19] [10. Juli] kam für mich ein erster Querschläger seitens der freien Gewerkschaften. Es erschienen der Vorsitzende der freien Gewerkschaften, Paul Krahn, und Karl Barthel mit einer Namensliste von 20 Männern, die auf Anordnung des Stadtkommandanten um 2 Uhr mittags als Polizeibeamte eingekleidet sein müßten. Ich erklärte, daß dies nicht geschehen könnte, weil ich am Nachmittag in Weimar bei der Regierung wäre und daß ich Aufschub um 24 Stunden bei der Stadtkommandantur erbitten würde, wo ich um 12 Uhr wegen meiner Ernennung zum Oberbürgermeister vorsprechen müßte. Die Leute sollten am nächsten Tag 10 Uhr zur Vorstellung hier sein. Beim Stadtkommandanten verlangte ich die Unterzeichnung der mir vorgelegten Anweisung; das wurde abgelehnt, man müsse noch prüfen. Meine Bestellung zum Oberbürgermeister erfolgte nicht; ich wäre, ebenso wie Karl Barthel, bestens empfohlen und sollte in einer großen öffentlichen Veranstaltung als neuer Oberbürgermeister vorgestellt werden. In Weimar erklärte mir Dr. Brill, daß er morgen mit dem Flugzeug nach Berlin reise. Wahrscheinlich fände eine Umbildung der thüringischen Regierung statt, daher hätte er Bedenken, jetzt noch meine Ernennung zum Oberbürgermeister von Jena vorzunehmen. Ich bat ihn, es doch zu tun, um Wirren in Jena zu vermeiden. Dr. Brill bezog sich auf die Unterredung am Sonntag und unterschrieb die Ernennungsurkunden, auch die für Karl Barthel. Dieser Akt bedeutete für mich die Befreiung von aller Ungewißheit wegen meiner neuen Amtsstellung und zugleich das Ende der Sorgen um meine Familie.
Bei der Unterredung erzählte mir Dr. Brill von den chaotischen Zuständen in Thüringen, es gäbe z. B. drei Landräte in Saalfeld und drei Bürgermeister in Erfurt, Dr. Brill sprach von der eigenwilligen Neugründung eines Landesarbeitsamtes in Erfurt, von der völligen Ausplünderung eines Dorfes in Thüringen, von Maschinengewehr-Angriffen auf russische Soldaten durch polnische Arbeiter u. a. m. Ich sollte jede Einmischung der freien Gewerkschaften zurückweisen, nachdem wir rechtmäßig zugelassene politische Parteien hätten. Die Unterredung war ermunternd und beruhigend zugleich.

11. Juli 1945
Am Mittwoch, dem 11. 7., vorm. 11 Uhr, waren die zehn Dienststellenleiter in dem kleinen notdürftig eingerichteten Büro des Oberbürgermeisters versammelt, damit Dr. Wagner und Dr. Löhnis die Geschäfte an die ernannten Nachfolger abgeben konnten. Ich habe die Gelegenheit benutzt, die ersten Maßnahmen zur Reorganisation der Verwaltung zu treffen, damit jedenfalls die Behandlung der Posteingänge, der Verkehr mit dem Stadtkommandanten, die Einrichtung der Dienstbereitschaft in den Mittagsstunden und an den Sonntagen und ähnliche Dinge eine Regelung erfuhren. Außerdem wurden nach den soeben ergangenen Richtlinien zur Säuberung der Verwaltung von nationalsozialistischen Elementen die ersten Maßnahmen eingeleitet mit dem Ziel, den Verwaltungsapparat so schnell als möglich in einen arbeitsfähigen Zustand zu versetzen.
Am Nachmittag waren Barthel und ich zur Vorstellung und Bestätigung durch den Stadtkommandanten bestellt. Es war zu meiner Überraschung gleichzeitig eine Reihe anderer Personen eingeladen. Die Verhandlung begann damit, daß mir ein Zettel mit Namen vorgelegt wurde mit dem Bemerken, daß diese Personen sofort in den Dienst als neue Leiter der städtischen Dienststellen aufgenommen werden müßten. Ich lehnte die Verantwortung dafür insoweit ab, als es sich um Leute handelte, die mir unbekannt waren, zumal ich im Augenblick zum ersten Male von einer solchen Absicht gehört

[19] Vgl. Anm. 5.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hatte. Es wurde mir bedeutet, daß ich an die vorgeschlagene Dezernatsbesetzung nicht gebunden wäre, sondern den genannten Personen auch andere Dezernate zuteilen könne. Da einige der Vorgeladenen nicht erschienen waren, ergab sich die Notwendigkeit, die Durchführung der Maßnahme hinauszuschieben. In großer Aufregung lief ich mit Hielscher (SPD) zu dem gerade versammelten Parteivorstand der SPD und trug dort die Angelegenheit vor. Es wurde eine Zwischenlösung gefunden, bei der ich besonderen Wert darauf gelegt hatte, daß die Polizei fachlich besetzt werden müßte, und daß der Polizeidezernent sowohl durch meinen Vertreter wie durch mich kontrolliert würde, außerdem lehnte ich die Besetzung der Stadtbauratsstelle durch einen jungen hiesigen Architekten, der der NSDAP angehört hatte, entschieden ab. Am nächsten Morgen[20] [12. Juli] erschienen auf meine Einladung die Leiter des Arbeitsamtes und des Wohnungsamtes (beide Kommunisten) bei mir im Büro zur Besprechung der Lage. Aus der Tatsache, daß der Leiter des Wohnungsamtes Wehner gar nicht überrascht war zu hören, daß er seinen Posten verlassen sollte – er ist zum Parteisekretär ausersehen – war mir klar, daß er um die geplante Umbildung der Stadtverwaltung Bescheid wußte, es aber nicht für notwendig gehalten hatte, die SPD zu unterrichten. Eine weitere Verhandlung bei der Stadtkommandantur ergab, daß diese weder über die Gliederung der Verwaltung in der Stadt noch über den augenblicklichen Zustand unterrichtet war; sie wußte z. B. nicht, daß Barthel und ich bereits im Amte waren. Der politische Vertreter des Kommandanten beglückwünschte uns beide zur Amtsübernahme. Ich legte ihm nach dem Vorschlage von Barthel den Wortlaut einer Bekanntmachung vor, wonach die Dezernatsbesetzung „auf Anordnung der Militärverwaltung" wie folgt geregelt war, und verlangte die schriftliche Unterfertigung. Das sollte geschehen. Außerdem wurde mir ausdrücklich zugesichert, daß ich die neuen Dezernenten auf Probe bestellen und „mit der Wahrung der Geschäfte beauftragen" dürfe.

Es scheint dem Stadtkommandanten darauf anzukommen, die Aktion möglichst bald abzuschließen.

Inzwischen war auf meine dringenden Bitten Hielscher nach Erfurt gefahren, um einen fachlichen Polizeileiter zu gewinnen. Die beiden von der Regierung genannten Kandidaten, ein Polizeirat Kriegs und ein Zweiter Bürgermeister Friemel, lehnten ab. Den Bemühungen von Hielscher gelang es, einen Polizeioffizier namens Leisegang zu gewinnen, der zur Vorstellung kommen soll.

Das Ergebnis der von kommunistischer Seite erstrebten Besetzung der Stadtverwaltung würde sein, daß abgesehen von den beiden Bürgermeisterstellen fünf Dezernate in kommunistischer Hand, günstigenfalls zwei Dezernate (Wohnungsamt und Wohlfahrtsamt) in sozialdemokratischer Hand und drei andere in bürgerlichen Händen lägen. Der Zustand wäre politisch nicht tragbar.

17. Juli 1945

Der Druck des russischen Politkommissars[21] wegen Einsetzung der kommunistischen Dezernenten wurde immer stärker; die Kommunisten selbst halfen eifrig mit. Schließlich bekam ich den geforderten schriftlichen Befehl zu meiner Entlastung. Ich erfuhr nach und nach von verschiedenen Seiten, daß der sozialdemokratische Bezirksparteisekretär Georg Schneider aus Weimar und zuvor wohl Walter Ulbricht aus Berlin hierher gekommen waren, um wegen der Besetzung der leitenden Stellen in den Stadtverwaltungen, nicht nur von Jena, mit den Russen und mit ihren Parteifreunden zu

[20] Vgl. Anm. 5.

[21] Gemeint ist der stellvertretende Stadtkommandant.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verhandeln[22]. Die Perfidie dieses Verhaltens habe ich deutlich genug den kommunistischen Mitarbeitern entgegengehalten. Wehner, der Parteisekretär der KPD wird, sagte mir darauf: „Wenn die SPD nur drei Dezernate hat gegen fünf Kommunisten, dann entspricht dies dem zu erwartenden Wahlergebnis." Daß er sich nur nicht irrt! – Immerhin sind mir die fachlichen Qualitäten der Leute wichtiger als die politische Überzeugung.
Den Sonntag [15. Juli] verbrachte ich von 8.30 Uhr bis 22 Uhr auf meinem Büro. Am Montag [16. Juli] begann der Abbau der ehemaligen Nationalsozialisten bei dem Kraftfahrzeugamt und bei der Polizei – etwa ein Viertel der Beamten und 49 Angestellte wurden entlassen. Dadurch wird die Polizei derart entblößt, daß ich Bedenken habe, ob Paul Krahn, der kommunistische Polizeidezernent, sie mit Erfolg leiten kann; zunächst muß er sie jedoch organisieren und schulen. Wer soll es für ihn tun?

19. Juli 1945
Der Schreck der Entlassung der Mehrzahl der Polizeibeamten ist in der Hetze der täglichen Geschäfte überwunden; langsam formiert sich der Rest in der Polizeiverwaltung, so gut es eben geht. Ich kann heute noch nicht sagen, wie es weitergehen wird. Wenn ich doch nur erst einen leitenden geschulten Polizeioffizier hätte. Einen hartnäckigen Kampf führe ich um die Besetzung der Stadtbauratsstelle. Man will mir einen jungen Architekten aus Jena mit Namen Fricke aufzwingen, der keinerlei Erfahrungen besitzt. Ich angele nach Dr. Münther, Harting oder Nissen.
Die Auskämmung der Beamtenschaft von Nationalsozialisten geht weiter, da fällt vielleicht ein Drittel aus. Ich denke, ich sollte die Säuberung hintereinander durchführen, um danach einen ruhigen, gefestigten Aufbau der Stadtverwaltung vornehmen zu können. Dr. Brill ist nicht mehr Regierungspräsident von Thüringen. Der Demokrat Dr. Paul, Oberbürgermeister von Gera[23], hat ihn abgelöst. Dr. Brill hatte im Amte bleiben wollen, aber andere waren stärker gewesen als er[24].

27. Juli 1945
Die letzte Woche brachte eine neue Fülle von Schwierigkeiten und Rückschlägen, aber auch weitere Fortschritte im systematischen Aufbau der Stadtverwaltung. Den neuernannten Präsidenten des Landes Thüringen lernte ich in einer Versammlung der Oberbürgermeister, Landräte und Bauernführer in Gera kennen, auf der er sein Programm entwickelte. Zweifellos geht er mit großem Elan ans Werk und bringt die Er-

[22] Nach seinem eigenen Zeugnis (zitiert bei Moraw, Parole der „Einheit", S. 115, Anm. 176) war Walter Ulbricht (KPD) am 5. Juli 1945 in Weimar und Jena gewesen.

[23] Dr. Rudolf Paul (geb. 1893), war vor 1933 Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und Staatsanwalt. Da er sich durch sein Auftreten in Prozessen gegen Nationalsozialisten mißliebig gemacht hatte, war er gezwungen, sich während der NS-Herrschaft auf seinen Bauernhof zurückzuziehen. Als Oberbürgermeister von Gera war P. im April 1945 von der amerikanischen Militärregierung eingesetzt worden. Zum Zeitpunkt der Berufung zum Präsidenten der Landesverwaltung von Thüringen galt P. als parteilos (E. W. Gniffke, Jahre mit Ulbricht, Köln 1966, S. 61).

[24] Zu den „Stärkeren" dürften nach der Erinnerung Gniffkes GenLt. Kolesnitschenko von der Sowjetischen Militäradministration in Thüringen sowie GenLt. Bokow, Chef des Stabes beim sowjetischen Militärgouverneur, Marschall Schukow, gehört haben (Jahre mit Ulbricht, S. 42 f., 53 f. und 85), die dem von Brill inspirierten Buchenwalder Manifest kritisch gegenüberstanden oder gar im „Bund der demokratischen Sozialisten" eine neue („dritte") Partei witterten; vgl. auch Moraw, Parole der „Einheit", S. 116.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fahrungen mit, welche ihm seine Tätigkeit als Oberbürgermeister von Gera eingebracht hat. Die Versammlungsteilnehmer haben ihm mit Nachdruck die Nöte vorgetragen, die mit dem Mangel an Benzin zusammenhängen. Besonderes Gewicht wurde auf die [drohende] Gefährdung der Lebensmittelversorgung gelegt.

Ein großer Rückschlag für die Stadtverwaltung war die Inanspruchnahme der Polizeikaserne und des Polizeigebäudes durch die Besatzungstruppen, die begleitet war von der Anforderung mehrerer Hundert Arbeitskräfte zum Aufräumen und Saubermachen an verschiedenen Stellen der Stadt wegen des bevorstehenden Einzuges der Besatzungstruppe. An diesem Tage war es nicht möglich, die Ordnung in der Stadt aufrechtzuerhalten und Ausschreitungen zu verhindern, weil die Polizei durch Botengänge und Zwangsgestellung von Arbeitskräften anderweitig in Anspruch genommen war. Dazu kamen die Personalschwierigkeiten verschiedener Art in der Polizeiverwaltung selbst, die sich zunächst nicht beheben ließen. Die Aktion einer Straßenreinigung und Schutträumung führte zu keinem befriedigenden Ergebnis, weil die städtische Kontrolle fehlte. Die Zustände im Stadtbauamt muten trostlos an; ein neuer Leiter war bisher nicht zu finden.

Eine Unterredung mit dem früheren Polizeipräsidenten Martin aus Erfurt gab mir Mut; er empfahl den Architekten Leiffer für die Leitung des Stadtbauamtes und stellte russische Schreibmaschinen in Aussicht.

Eine Kontrolle der Polizei durch zwei Beamte vom Landesamt des Innern in Weimar bestätigte die traurige Lage, in der sich Jena mit seiner Polizei befindet, brachte aber Aussicht auf geeignete Kandidaten für die offenen Stellen.

Gestern [26. Juli] konnte ich einen erfolgversprechenden Pachtvertrag über das Stadttheater mit dem Berliner Schauspieler John Biermann abschließen. Es steht zu hoffen, daß ein achtbares Niveau im Schauspiel erreicht wird. Die Operette läßt sich aus geschäftlichen Gründen bei diesem Theaterunternehmen nicht vermeiden. Ein Sportwart ist eingesetzt, der sämtliche Sportanlagen in Jena organisiert unter Vermeidung der Bildung von Sportvereinen. Das Kulturwesen soll auch aufgebaut werden, ohne daß private Vereinigungen entstehen.

Heute kam ich einen wesentlichen Schritt voran, weil ich mehrere wichtige Kräfte für die Verwaltung einstellen konnte. Professor Friedrich Schopohl hat den Auftrag übernommen, die Planung für den Aufbau der Innenstadt zu bearbeiten. Die Geschäfte der Planungsstelle im Amt für Wiederaufbau führt der Architekt Rolf Fricke; er ist unglücklich, daß er von der eigentlichen großen Planungsarbeit ferngehalten wird und sieht nicht ein, daß er zu einer solchen großen Aufgabe gar nicht das Zeug besitzt. Die Polizei hat drei neue Leute bekommen; einen Vertreter des Polizeileiters, einen Kommandeur der Exekutive und einen Polizeiinspektor; sie sollen in sechs-monatlicher Probedienstzeit die Polizei organisieren und zu guten Leistungen bringen. Als Leiter des Bauamtes hat der Regierungsbaurat Leiffer seinen Dienst heute angetreten; er verspricht bei guter Erfahrung, klarem Wollen und zielsicherem Auftreten eine brauchbare Leistung.

Die Verordnung über den Abbau von Nazipersonal in der Verwaltung sieht erheblich anders aus und geht viel weniger weit als die Richtlinien des früheren Regierungspräsidenten Dr. Brill. Die dadurch notwendig gewordene Umstellung hat eine schwere Arbeitsbelastung zur Folge. Ich will versuchen, innerhalb von 14 Tagen den Abbau nach den neuen Bestimmungen schnellstens durchzuführen und die Reorganisation der Verwaltung abzuschließen.

Zunächst[25] wohnte ich im Hotel Schwarzer Bär, mit dessen Eigentümer Mankel mich

[25] Dieser Absatz kann möglicherweise später zu einem Rückblick ausgebaut worden sein oder gar wie die beiden nachfolgenden Absätze („Es stellte sich bald heraus ...", „Damals habe ich ...") einen Einschub darstellen.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bald eine gute Freundschaft verband. Er war um mein leibliches Wohl rührend besorgt. Als geeignete Wohnung für mich erwies sich bald das von dem früheren Kreisleiter der NSDAP genutzte Haus in der Gillestraße, in der sich einige russische Soldaten eigenmächtig eingenistet hatten. Mit Hilfe der Kommandantur gelang es, die Soldaten herauszusetzen. Das ging insofern nicht ohne Schwierigkeiten ab, weil es den Soldaten in dem geräumigen, modernen Hause gut gefiel und sie nachts wieder einzogen, nachdem sie am Tage von der Militärbehörde entfernt worden waren. In der Absicht, die Arbeiten der Handwerker im Hause zu beschleunigen und die Wiederbesetzung durch russische Soldaten zu verhindern, zog meine Frau mit dem neu gewonnenen Dienstmädchen in das Haus ein, was nächtliche Besuche plündernder Russen jedoch nicht verhinderte. So ging ein Teil der neu beschafften Matratzen verloren. Der telefonische Hilferuf bei der Polizei blieb ohne Erfolg, weil sie des Nachts nicht auf die Straße durfte.

Es stellte sich bald heraus, daß die geräumige Villa von uns bei aller Bescheidenheit der Ansprüche dringend gebraucht wurde, weil sich unter den Flüchtlingen aus Neusalz herumsprach, daß ich zum Oberbürgermeister der Stadt Jena ernannt worden war. So kamen immer wieder gute alte Bekannte und Freunde nach Jena, um bei mir Hilfe zu suchen. Meine Frau nahm sie, so weit Platz war, vorübergehend in Kost und Logis, wobei in den ersten Monaten nach kurzer Zeit eine Familie die andere ablöste.

Damals habe ich einen breiten und tiefen Einblick in das große Elend genommen, das die Flüchtlinge aus Schlesien durchstehen mußten, die das Ende des Krieges hinter der russischen Front erlebt hatten. Sie sind auf das bitterste in ihren politischen Hoffnungen betrogen worden, insbesondere in der Annahme, daß sie im zwanzigsten Jahrhundert nach dem verlorenen Kriege doch in ihrer angestammten Heimat bleiben und im Falle ihrer Evakuierung allerwenigstens das persönliche Hab und Gut behalten könnten. Wie viele Deutsche damals vor Hunger, Krankheit, Strapazen usw. unterwegs, ja sogar buchstäblich im Straßengraben gestorben sind, wird niemals mehr festgestellt werden.

B. ERINNERUNGEN UND REFLEXIONEN

1. Persönliches

Die günstige Schicksalswende, die mir durch die schnelle Bestellung zum Oberbürgermeister von Jena widerfahren war, habe ich erst in ihrer vollen Bedeutung ermessen, als wenige Wochen nach der Besetzung Thüringens durch die russischen Truppen sämtliche Bankkonten aufgehoben und sämtliche Banktresors erbrochen und ausgeräumt wurden. Ich wäre damals über Nacht zum Bettler geworden, da ich die gesamten Ersparnisse im Betrage von mehr als 20000 RM auf einem Konto bei der Thüringischen Staatsbank, Neustadt/Orla, hatte; an geringe Bestände in Berlin war nicht heranzukommen, die Wertpapiere waren unverkäuflich. Ich mußte mit anderen Worten erleben, daß alle ökonomische Vorsorge sich gegenüber den russischen Auffassungen und Praktiken als vollkommen falsch erwies. Derjenige war gut dran, der sein Geld im Strumpf oder in der Brieftasche hatte. Damals verlor ich alle wichtigen Dokumente, die ich im Safe der Bank aufgehoben hatte. Dies bedeutete zwar keinen materiellen, aber einen nicht geringen ideellen Schaden im Sinne der Pflege der Familientradition.

[. . .]

Die Aufnahme von Freunden und Bekannten in den eigenen Haushalt stellte an die Hausfrau Anforderungen, die sie unmöglich hätte erfüllen können, wenn der Ober-

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bürgermeister nicht einige zusätzliche Versorgungsmöglichkeiten gehabt hätte. Ich selbst erhielt die doppelte Ration eines Schwerstarbeiters (Kategorie I), während für die Hausfrau, das Hauspersonal und die sechs Kinder nur die sehr dürftige Kategorie IV zur Verfügung stand. In dieser Situation war es eine große Hilfe, daß die Firma Schott u. Gen. regelmäßig Brote an mich abgeben konnte.

Natürlich waren die Portionen nicht auf das Knappste bemessen, die der Oberbürgermeister immer dann erhielt, wenn er aus Gründen der Repräsentation Gäste bei sich hatte. Es waren in der Regel Politiker, die gern in der Dienstwohnung des Oberbürgermeisters über Nacht blieben oder wenigstens zum Mittagessen kamen, z. B. Pieck[26], Ulbricht[27], Grotewohl[28], Otto Buchwitz[29], Wilhelm Koenen[30], Ministerpräsident[31] Dr. Paul u. a. m. Ich werde nicht vergessen, daß meine Frau Walter Ulbricht und seine beiden Begleiter kurz vor dem Mittagessen begrüßt hatte und sich danach weigerte, am Mittagessen teilzunehmen. Als sie in aller Eile ein Gedeck vom Tisch abräumte, erklärte sie mir auf meine Frage, was dies bedeuten solle, mit knappen Worten, daß es ihr unmöglich sei, sich mit Ulbricht an einen Tisch zu setzen, er wäre ihr wahrlich in größtem Maße zuwider. Es blieb mir nichts anderes übrig, als meine Frau zu entschuldigen, weil sie in der Küche unentbehrlich sei. Gelegentlich hatte ich Gäste im Sinne kommunalpolitischer Repräsentation, z. B. Ricarda Huch[32] und ihren Kreis oder Universitätsprofessoren, aber auch Herren der russischen Kommandatur, die bis in die

---

[26] Wilhelm Pieck (1876–1960), Mitglied der SPD seit 1895, Mitbegründer der KPD 1919, 1921–1933 Landtags-(Preußen) und Reichstagsabgeordneter der KPD, 1933 Emigration, ab 1935 Leiter der Exil-KPD in der Sowjetunion, 1943 Mitbegründer des Nationalkomitees „Freies Deutschland", 1945–1946 nach Rückkehr Vorsitzender der KPD in der sowjetischen Besatzungszone, 1946–1954 Vorsitzender (mit Grotewohl) der SED, 1949–1960 Staatspräsident der DDR.

[27] Walter Ulbricht (1893–1973), Mitglied der SPD seit 1912, der KPD seit 1919, bekleidete während der Weimarer Zeit verschiedene Ämter in Bezirken und Zentrale, 1933 Emigration, 1938–1945 ständig in der Sowjetunion, 1943 Mitbegründer des Nationalkomitees „Freies Deutschland". Nach Rückkehr 1945 maßgebend in Führungspositionen von KPD und (1946) SED tätig, 1950–1953 Generalsekretär, 1953–1971 Erster Sekretär des ZK der SED, 1960–1971 Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates, 1960–1973 Vorsitzender des Staatsrates der DDR.

[28] Otto Grotewohl (1894–1964), seit 1912 Mitglied der SPD (1918–1922 USPD), 1920–1925 Landtagsabgeordneter in Braunschweig und zwischenzeitlich dort Minister, danach bis 1933 im Reichstag und Präsident der braunschweigischen Landesversicherungsanstalt, 1938–1939 in Haft, 1945 Vorsitzender des ZA der SPD in Berlin, 1946–1954 Vorsitzender (mit Pieck) der SED, bis 1964 auch Mitglied des ZK der SED, 1949–1964 Ministerpräsident der DDR.

[29] Otto Buchwitz (1879–1964), vor 1933 Sekretär bei der SPD-Bezirksleitung Niederschlesien in Görlitz und 1924–1933 Reichstagsabgeordneter, danach Emigration nach Kopenhagen. 1940 dort von der Gestapo verhaftet, Zuchthaus Brandenburg. 1945 Landesvorsitzender der SPD in Sachsen, 1946 (April–Oktober) Landesvorsitzender der SED ebendort, danach Präsident des sächsischen Landtages, ab 1949 Mitglied der Volkskammer der DDR.

[30] Verbessert aus: Köhnen. Wilhelm Koenen, aus der KPD hervorgegangen, wurde im Herbst 1946 Nachfolger Buchwitz' als Landesvorsitzender der SED in Sachsen und übernahm Anfang November 1948 die Leitung des Sekretariats des Volksrates.

[31] Die Amtsbezeichnung war damals noch „Präsident der Landesverwaltung".

[32] Ricarda Huch (1864–1947), Schriftstellerin, war 1933 aus der Preußischen Akademie der Künste ausgetreten und lebte zur Zeit des Kriegsendes in Jena. Sie starb am 17. November 1947 in Schönberg (Taunus).

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

späte Nacht hinein blieben und russische Lieder anstimmten, als der Alkohol seine Wirkung getan hatte. [...]

Eine sehr willkommene Ergänzung der allgemeinen Versorgung mit Nahrungsmitteln und Textilien war für mich und meine Familie die Möglichkeit, in einem Vorratslager, das sich in Weimar in einer alleinstehenden Villa befand, monatlich einmal nach Herzenslust ohne Marken einzukaufen. Es gab dort Kaffee und Tee, Wein und Spirituosen, Teigwaren und Fleisch, Wurst, Schinken, ferner Strümpfe, Wäsche, englische Stoffcoupons für Herrenanzüge, Mäntel, Stoffe für Damenkleider usw. Der Kreis der Begünstigten war eng begrenzt, von den Kommunalpolitikern gehörten auch die Oberbürgermeister der kreisfreien Städte und die Landräte dazu.

Von den kleinen Unannehmlichkeiten mancherlei Art abgesehen, war mein Start als Oberbürgermeister in Jena überraschend günstig verlaufen. Deshalb beflügelten mich damals große Hoffnungen; schien es doch zunächst so, als wenn ich nach der Beseitigung der Nazidiktatur als Kommunalpolitiker mit größeren Aufgaben und größeren Möglichkeiten dort fortfahren könnte, wo ich im März 1933 in Neusalz aufgehört hatte. Häufig bin ich durch die Straßen von Jena gegangen voller Pläne und Projekte. Ohne Erfahrungen mit der russischen Diktatur und in völliger Verkennung der bevorstehenden Entwicklung beseelte mich der Gedanke, während der nächsten Jahre in der schönen Stadt Jena Aufbauarbeit als Oberbürgermeister zu leisten und meinen Namen mit dieser Stadt zu verbinden. Bald wurde mir allerdings klar, daß ich unbegründeten Illusionen nachhing.

An dieser Stelle sei kurz der Besuch in Dresden vermerkt, den ich im Oktober 1945 auf Wunsch von Otto Buchwitz machte. Wir kannten und schätzten uns seit unserer gemeinsamen Arbeit in der SPD in der Weimarer Zeit, als er Bezirkssekretär in Görlitz und Reichstagsabgeordneter und ich Bürgermeister in Neusalz war. Buchwitz wohnte damals auf dem Weißen Hirsch[33], er gehörte zu den prominenten Politikern in Sachsen und hatte den Wunsch, mich als Oberbürgermeister in Dresden zu sehen. Darüber war er sich offenbar mit dem Ministerpräsidenten[34] von Sachsen, einem Sozialdemokraten Dr. Friedrichs[35], einig. Otto Buchwitz kam eines Tages zu mir nach Jena, stellte mir die Bedeutung der Wiederaufbauarbeit in dem übel zerstörten Dresden vor und bestimmte mich zu einem Besuch. Ich sagte zu und fuhr in Begleitung meiner Frau mit dem Dienstwagen nach Dresden, wo wir einmal über Nacht blieben. Schon die Fahrt zur Wohnung von Otto Buchwitz machte mich bedenklich, mußten wir doch auf dem Weißen Hirsch durch zwei oder drei von russischen Soldaten bewachte Straßensperren hindurch, so exklusiv wurden die deutschen Politiker behandelt.

Offensichtlich waren die Villen auf dem Weißen Hirsch beschlagnahmt und für die russische und deutsche Prominenz freigemacht worden. Buchwitz wohnte verhältnismäßig bescheiden, man hatte von dort aus einen Überblick über das Stadtzentrum von Dresden, von dem fast nichts übriggeblieben war; ein derartiges Bild der Verwüstung und Vernichtung ist mir niemals wieder vor die Augen gekommen.

Nach verschiedenen Besichtigungen und Besprechungen war mir klar, daß ich dem Wunsche von Otto Buchwitz nicht stattgeben würde. Es kam hinzu, daß sowohl die

---

[33] Weißer Hirsch: Villenvorort bei Dresden auf dem Meisenberg; vgl. zum folgenden auch die Schilderung des „Prominenten-Gettos" mit seinen Absperrungen bei Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 244.

[34] Vgl. Anm. 31.

[35] Dr. Rudolf Friedrichs, Mitglied der SPD seit 1920, vor 1933 Oberregierungsrat, Juli 1945 Präsident der Landesverwaltung von Sachsen, April 1946 SED, 1946–1947 Ministerpräsident von Sachsen. An der Münchener Ministerpräsidenten-Konferenz nahm er wegen Erkrankung schon nicht mehr teil. F. starb am 14. Juni 1947.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Leitung der SPD wie auch der KPD in Thüringen mein Verbleiben in Jena wünschten. Genosse Eggerath[36], der Bezirksleiter der KPD, kam am 23. November mit seiner Frau zu einer offenen Aussprache in meine Wohnung nach Jena, an der die Genossen Karl Barthel, Max Härzer und Federbusch teilnahmen und die ich dazu benutzte, Eggerath, der mich nach etwaigen Schwierigkeiten in Jena fragte, um die Ersetzung des Polizeidezernenten Paul Krahn durch einen anderen geeigneten Kommunisten zu bitten, was bald danach geschah. Der letztlich entscheidende Grund für meine Absage an Buchwitz war der Eindruck, den ich und noch mehr meine Frau von dem amtierenden zweiten Bürgermeister Walter Weidauer[37] gewonnen hatten, und dem ich jede Schlechtigkeit eines Funktionärs zutraute. Meinen Verdacht hat übrigens die Behandlung des Oberbürgermeisters Dr. Leisner, früher Stadtrat für Kulturfragen in Breslau, bestätigt, der an meiner Stelle als Sozialdemokrat zum Oberbürgermeister in Dresden bestellt wurde und wohl nicht länger als ein Jahr mit Weidauer zusammengearbeitet hat. In solchen Fällen konnte man sich glücklich preisen, wenn das Verhalten des kommunistischen Vertreters nur mit einem Amtswechsel und nicht mit dem Verlust der persönlichen Freiheit endete. [...]

[...]

Als die Überlegungen wegen der Stelle des Oberbürgermeisters in Dresden schwebten, fragte Hermann Lüdemann[38] in seiner Eigenschaft als Landesgeschäftsführer der SPD Mecklenburg-Pommern mit dem Sitz in Schwerin bei mir an, ob ich bereit wäre, das Ministerium für Handel, Gewerbe, Industrie und Verkehr des Landes Mecklenburg-Pommern[39] einzurichten und zu leiten. In seinem Brief vom 29. 10. 1945 schreibt er, daß er „auf dem Fluchtmarsch der 40000 Häftlinge aus dem Konzentrationslager Oranienburg-Sachsenhausen in Mecklenburg erschöpft zusammengebrochen sei und wider alle Regel nur deshalb nicht den berühmten Genickschuß erhalten habe, weil die Russen uns zuletzt dicht auf den Fersen waren und die SS-Begleitmannschaft gerade

---

[36] Werner Eggerath (geb. 1900), Mitglied der KPD seit 1924 in verschiedenen Funktionen, 1935 Verhaftung; ein Jahr später vom Volksgerichtshof zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt. E. wurde 1945 Landrat des Mansfelder Seekreises und baute als Bezirksleiter die KPD in Thüringen wieder auf (1946 SED). Als Dr. Paul (siehe Anm. 23), der im April 1946 der SED beigetreten war und nach den Landtagswahlen die Verwaltungsgeschäfte, nun als Ministerpräsident, weitergeführt hatte, sich am 1. September 1947 in die US-Zone begab, wurde E. dessen Nachfolger und verblieb in diesem Amte bis zur Auflösung der DDR-Länder (1952). 1954–1957 Botschafter der DDR in Bukarest, 1957–1960 Staatssekretär für Kirchenfragen.

[37] Walter Weidauer (geb. 1899), 1922 Mitglied, 1932–1933 Reichstagsabgeordneter der KPD. 1933–1935 mehrfach in Haft, 1935 Emigration. 1941 in Dänemark von der Gestapo verhaftet, 1942 vom Volksgerichtshof wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt. 1945 2. Bürgermeister von Dresden, 1946 SED, 1946–1958 (als Nachfolger Leisners) Oberbürgermeister von Dresden, 1958–1961 1. Vorsitzender des Rates des Bezirks Dresden.

[38] Hermann Lüdemann (1880–1959), Mitglied der SPD seit 1912, während der Weimarer Republik in hohen Verwaltungsstellen Preußens: 1920–1921 Finanzminister, 1927–1928 Regierungspräsident in Lüneburg, 1928–1932 Oberpräsident der Provinz Niederschlesien. 1933–1935 und 1944–1945 in Konzentrationslagern (1944 auch Untersuchungshaft), zuletzt im KL Sachsenhausen. 1945 Landesgeschäftsführer der SPD in Mecklenburg-Vorpommern, 1946–1947 Innenminister und 1947–1949 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein.

[39] Die offizielle Bezeichnung des Landes lautete ab 1945 zunächst „Mecklenburg-Vorpommern", vom 16. Januar 1947 (Verfassung) bis zur Auflösung des Landes (1952) nur noch „Mecklenburg".

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

anfing, in der Anwendung ihrer brutalen Grundsätze wankend zu werden. Nach fünfwöchiger guter Verpflegung durch die Rote Armee und nachfolgender weiterer Pflege durch Verwandte und Freunde bin ich dann bis Güstrow gekommen, von wo mich der Landesvorstand unserer Partei zur Übernahme der Landesgeschäftsführung hergerufen hat." Ich habe Lüdemann einen ablehnenden Bescheid gegeben, weil ich jedenfalls zunächst meine Verhandlungen wegen Dresden zum Abschluß bringen und an sich gerne noch eine gewisse Zeit in Jena arbeiten wollte.

Mein Weggang von Jena kam für mich unerwartet und ging glatt vorstatten.

Die Kommunalwahl am 8. September 1946 machte die liberaldemokratische Partei (LDP) zur stärksten Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung, weil viele der sozialdemokratisch gesinnten Wähler ihre Stimme nicht der SED, sondern der LDP gegeben hatten. Die liberaldemokratische Partei und die christlich-demokratische Union erhielten zusammen 28 324 Stimmen, während auf die SED nur 16 257 Stimmen der Wähler entfielen. Die Fraktionsleitung der LDP hatte mich zu ihrem Kandidaten für den Posten des Oberbürgermeisters bestimmt, als die russische Stadtkommandantur entschied, daß der neue Oberbürgermeister nach demokratischen Regeln, wie sie die Russen verstanden, aus den Reihen der LDP gestellt werden müßte; meine Wahl war m.a.W. verboten oder würde nicht genehmigt werden. Diese überraschende Wendung bei der Vorbereitung der Wahl des Oberbürgermeisters kam mir als ein besonderer Glücksumstand sehr gelegen, stand ich doch seit einiger Zeit mit Hermann Lüdemann in Verbindung, der hoffte, Oberbürgermeister in Berlin zu werden und mich als Stadtkämmerer haben wollte. Es ist mir bekannt, daß die russischen Behörden den damaligen Ministerpräsidenten Paul aufgefordert hatten, sich um meine anderweitige Verwendung im öffentlichen Dienst zu bekümmern. Ich bekam eines Tages die Aufforderung, zu Dr. Paul nach Weimar zu kommen, traf ihn allerdings nicht an, sein Vertrauensmann im Vorzimmer wußte tatsächlich oder angeblich nichts von dieser Aufforderung und wollte mich nach Rückkehr von Dr. Paul sofort unterrichten, wann ich den Regierungschef sprechen könnte. Eine weitere Nachricht kam zu meiner Freude nicht. Einige Jahre später erzählte mir Franz Lepinski[40] bei einer Zusammenkunft in Düsseldorf, daß General Kolesnitschenko[41] wegen meines Wegganges an Dr. Paul den Vorwurf gerichtet habe: „Solche Leute läßt man nicht gehen!"

Die Leitung der SED hat sich im Herbst 1946 zweimal um mich bemüht. Zunächst kamen Otto Buchwitz und Wilhelm Koenen; sie boten mir den Posten des Oberbürgermeisters von Leipzig oder von Halle/Saale oder den Posten des Wirtschaftsministers im Lande Sachsen an. Ich lehnte ab, wobei ich insbesondere darauf hinwies, daß ich von einem Tag zum anderen trotz meiner Kinder ohne Kündigungsfrist und Übergangsmaßnahmen am 1. Oktober stellungslos und brotlos geworden sei. Darauf erwiderte Wilhelm Koenen: „Wenn Sie ein guter Offizier in der SED werden, wird es Ihnen an nichts mangeln." Ich konnte – wohl zum Entsetzen meiner Gäste – nur erwidern: „Das gerade will ich nicht, weil ich auf ein gewissses Maß von Selbständigkeit und Unabhängigkeit Wert lege." Als ich im Laufe des Gespräches auf die üblen Folgen der begonnenen Demontage bei Zeiß und Schott sowie auf die zwangsweise Entführung der leitenden Fachleute hinwies, suchte Koenen dieses Verhalten der Russen mit dem Hinweis darauf zu entschuldigen, daß der große russische Staat in der Lage wäre, mit den Kenntnissen und Erfahrungen der Zeißianer einen wirtschaftlichen Erfolg im Interesse der Arbeiterschaft zu erzielen, der dem Chimborasso vergleichbar sei, während die Betriebe in Jena nur die Höhe der Berge des Thüringer

[40] Franz Lepinski, vor 1933 im Hauptvorstand des Zentralverbandes der Angestellten (ZdA) tätig, 1945 im Vorstand der thüringischen SPD (1946 SED) und stellvertretender Leiter des thüringischen Landesamtes für Arbeit.

[41] Vgl. Anm. 24.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Waldes erreichten. Otto Buchwitz hatte schnell eingesehen, daß er mich nicht umstimmen würde. Wir verabschiedeten uns für immer.
Wenige Tage später kam Otto Grotewohl, um mich für eine Position bei der Regierung in Pankow[42] zu gewinnen. Er hatte mich schon früher einmal in diesem Sinne angesprochen und damals geäußert, daß er mich zum Staatssekretär des Finanzwesens in der geplanten zentralen deutschen Verwaltung nach den Potsdamer Beschlüssen[43] vorschlagen würde, wozu ich mich bereit erklärt hatte. Diesmal lehnte ich ab mit der Begründung, daß ich entschlossen sei, in mein eigenes Haus in Berlin-Lichterfelde zu ziehen und mich nötigenfalls im freien Beruf zu betätigen, der mich und meine Familie über die gesamte Nazizeit ernährt hatte. Grotewohl wandte sich in einem letzten Versuch an meine Frau mit dem Hinweis, daß sie mit den Kindern in der amerikanischen Zone von Berlin Hunger und Kälte erleiden müßte, während sie gut versorgt sein würde, wenn ich mich entschlösse, seinem Rate zu folgen. Auch sie lehnte ab, obwohl sie im Haushalt seit dem 1. Oktober schon deutlich gemerkt hatte, was der Fortfall der Privilegien allein bei der Ernährung durch den Entzug der Lebensmittelkarte in Höhe der doppelten Ration für Schwerstarbeiter, die dem Oberbürgermeister zustand, und der sofort wirksame Ausschluß von der zusätzlichen Einkaufsmöglichkeit für Prominente in Weimar für die große Familie bedeuteten.
Die Stadt Jena hat mich mit Lob und Dank verabschiedet und mir sogar ein Teegeschirr von Otto Lindig als Geschenk überreicht. Da mein Amtsnachfolger Mertens mit seinen fünf Kindern Wert darauf legte, alsbald meine Dienstwohnung in Jena zu beziehen, bemühte sich die Stadtverwaltung, mich mit allen meinen Sachen schnell und kostenlos nach Berlin zu bringen. Das geschah in den ersten Novembertagen 1946.

2. Einrichtung der Stadtverwaltung

Zur Zeit der amerikanischen Besatzung hatte sich die Stadtverwaltung unter dem kommissarischen Oberbürgermeister Dr. Otto Wagner in dem Gebäude des Generalkommandos eingerichtet. Die russischen Besatzungsstellen legten auf ihre repräsentative Unterbringung größten Wert; sie beanspruchten daher von der Stadtverwaltung das eingerichtete Gebäude des Generalkommandos für sich (und einige andere wichtige Verwaltungsgebäude dazu) und verwiesen mich mit den städtischen Büros in das frühere Wehrmeldeamt am Anger. Schon die Tatsache, daß es dort keine Telefonanlage gab, beweist die Kette von Schwierigkeiten, die mit meinem Start als Oberbürgermeister verbunden waren. Es mußten nicht nur zahlreiche alte Leute, die dort Unterkunft nach den Bombenangriffen auf Jena[44] gefunden hatten, und viele Flüchtlinge anderwärts untergebracht werden, sondern es war auch erforderlich, buchstäblich alles zu beschaffen, was nun einmal für den Betrieb einer Behörde notwendig war. Von der

[42] Regierung in Pankow: Diese aus der Haltung der Nichtanerkennung entstandene Bezeichnung für die Regierungsorgane der DDR ist erst seit den 50er Jahren in Gebrauch gewesen. Im hier geschilderten Zusammenhang kann es sich bei dem Angebot Grotewohls nur um eine Stellung bei den bereits durch sowjetischen Befehl vom 27. Juli 1945 errichteten elf zonalen „Deutschen Zentralverwaltungen" mit dem Sitz in Berlin gehandelt haben.

[43] Weitere Beispiele der damaligen Suche nach geeigneten Persönlichkeiten für die Leitung der Staatssekretariate bei Th. Vogelsang, Die Bemühungen um eine deutsche Zentralverwaltung 1945/46, in dieser Zeitschrift 18 (1970), S. 513 f.

[44] Die schwersten Angriffe hatten in den letzten Kriegsmonaten (10. Februar und 20. März 1945) stattgefunden. In der erheblich zerstörten Innenstadt blieben jedoch von den historischen Bauwerken das Johannistor, der Pulverturm und die stark beschädigte spätgotische Stadtkirche St. Michael erhalten.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kunst der Improvisation hing der Erfolg meiner Amtstätigkeit nicht nur in den ersten Tagen, sondern noch lange Zeit ab.

Wie im sachlichen, so begann auch im persönlichen Bereich die Tätigkeit der Stadtverwaltung mit einem Berg von Hindernissen. Die russische Kommandantur verlangte die sofortige Entlassung aller städtischen Beamten und Angestellten, die jemals Mitglied der NSDAP gewesen waren mit alleiniger Ausnahme der Lehrlinge und der weiblichen Schreibkräfte. So war ich buchstäblich über Nacht den größeren Teil meiner Mitarbeiter los und zwar auch bei anderen Behörden, wie z. B. bei dem Finanzamt und der Polizeidirektion, die früher nicht zur städtischen Verwaltung rechneten. Wie ich über diese Tage und Wochen hinweggekommen bin, kann ich heute nicht mehr sagen; es ist einigermaßen gut gegangen, was in der Hauptsache damit zusammenhing, daß die etwa zwölf Dezernenten – ein Magistratskollegium und Stadträte im überkommenen Sinne gab es nicht –, mit den örtlichen Verhältnissen in Jena vertraut waren. An ihrer Auswahl hatte ich nicht mitwirken können. Nur Dr. Otto Wagner, meinen kommissarischen Amtsvorgänger, habe ich zum Justitiar der Stadtverwaltung bestimmt. Die übrigen Vorschläge für die Besetzung der Dezernate kamen von den Parteien. Die KPD beanspruchte für sich den zweiten Bürgermeister in der Person von Karl Barthel und als Polizeidezernenten den Leiter der freien Gewerkschaften Paul Krahn sowie den Dezernenten für Handel und Ernährung Max Härzer, einen eingesessenen kleinen Gemüsehändler. Für die Kämmereiverwaltung stand zunächst der frühere Oberbürgermeister Müller aus Marburg/Lahn, später der kaufmännische Angestellte Hans Meier (LDP) zur Verfügung. Das Kulturdezernat hatte Dr. Herbert Koch, ein früherer Oberstudiendirektor, inne, der zu den Naziverfolgten gehörte. Zu erwähnen wäre noch die Besetzung des Stadtbauamtes mit Dipl.Ing. Herbert Leiffer, einem jungen, tatkräftigen Architekten, der mit List und Eifer die russischen Behörden für sich zu gewinnen wußte; erst nach meinem Weggang wurde bekannt, daß Leiffer Mitglied der SS gewesen war. Ihm zur Seite stand für den Hochbau der Bauhausschüler Alfred Arndt und für den Tiefbau der Dipl.Ing. Josef Krois. Für die Stadtplanung war Professor Friedrich Schopohl im Werkvertrag verpflichtet.

[...]

Als Oberbürgermeister war ich der Chef sämtlicher Zivilbehörden in Jena und dem russischen Kommandanten für alles verantwortlich. Die Dezernenten waren meine Untergebenen und daher meinen Weisungen unterworfen. Praktisch habe ich von Anfang an auf die kollegiale Zusammenarbeit mit meinem Vertreter und den Dezernenten den größten Wert gelegt. Dies wurde mir dadurch wesentlich erleichtert, daß der russische Stadtkommandant auf meine Bitte eine Anordnung erließ, wonach der Oberbürgermeister, sein Vertreter und die Dezernenten täglich (außer Sonntags) zwischen 12 und 2 Uhr in einem besonderen Raume des Hotels Schwarzer Bär gegen Bezahlung das Mittagessen ohne Marken erhielten, das für die Offiziere der russischen Armee gekocht wurde. Diese gute Futterkrippe täglich wahrzunehmen, war jeder der beteiligten Herren persönlich interessiert, so daß ich die Herren regelmäßig dort hatte, mit ihnen alles Wichtige besprechen konnte und ihnen nach Wunsch zur Verfügung stand. Der gemeinsame Mittagstisch förderte die persönlichen Beziehungen aller untereinander und trug auch sonst zur Erhaltung eines guten Arbeitsklimas bei. Eine Ausnahme bildete lediglich Polizeidezernent Krahn, der sich geflissentlich abseits hielt und auch zu seinen kommunistischen Freunden kein offenes menschliches Verhältnis hatte. Seine geringe geistige Beweglichkeit suchte er durch Mißtrauen auszugleichen. Es kamen bald Gerüchte auf, daß die Verhaftung verschiedener Bürger aus Jena durch die russische Kommandantur und durch die geheime Polizei (NKWD) auf Denunziationen deutscher Polizeibeamter zurückzuführen sei. Ich hatte immer wieder Schwierigkeiten, festzustellen, ob Krahn für die Durchführung der von mir gege-

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

benen Anweisungen Sorge trug; es fehlte an der erforderlichen Berichterstattung der Polizeidirektion an mich und an andere Dienststellen, so daß ich gezwungen war einzugreifen, was jedoch häufig ohne Erfolg blieb. Krahn stützte sich auf die KPD und seine dortigen Freunde und glaubte, die Polizei in deren Sinne leiten zu sollen. Schließlich sah ich mich gezwungen, mit dem Landesleiter der KPD Eggerath über die Ablösung von Krahn zu sprechen; als seinen Nachfolger schlug ich den als Kommunisten bekannten Polizeidirektor Römer aus Apolda vor, womit sich Eggerath einverstanden erklärte. Krahn schied grollend aus und wurde im Landessekretariat der KPD beschäftigt. Die Vermutung, daß er Rache nehmen würde, sollte sich bald bestätigen.

Zunächst hat Kahn versucht, wie ich von Karl Barthel weiß, mich bei den russischen Behörden anzuschwärzen. Das ist ihm deswegen nicht gelungen, weil sich Barthel mit mir solidarisch erklärte und seinen Rücktritt androhte, wenn ich verhaftet würde. Das war etwa im Dezember 1945.

Ich habe noch heute den Verdacht, daß von dorther das Gerücht verbreitet wurde, ich wäre Mitglied der NSDAP gewesen und sogar Träger des goldenen Parteiabzeichens. Wegen dieser Verleumdung habe ich Strafantrag gegen Unbekannt bei der Staatsanwaltschaft gestellt, ohne jemals etwas zu hören, und zugleich die Bezirksleitungen Thüringen der SPD (Heinrich Hoffmann[45]) und der KPD (Werner Eggerath) unterrichtet, die mir schrieben, daß ich keine Bedenken wegen eines Wechsels in dem Amt des Oberbürgermeisters in Jena zu haben brauchte.

Den zweiten Stoß führte Krahn gegen seinen Parteifreund Karl Barthel mit der Begründung, daß er sich von mir habe vollkommen überspielen lassen; es wäre seine Pflicht gewesen, mich zu kontrollieren und im kommunistischen Sinne an die Hand zu nehmen, er hätte regelmäßig den kommunistischen Parteiinstanzen über die Führung der Stadtgeschäfte in Jena berichten und sich auch sonst als Funktionär der KPD betätigen müssen. Mit Schreiben vom 15. März 1946 teilte mir Werner Eggerath – parteioffiziell für die KPD in Thüringen – mit, daß „wir heute beschlossen haben, den Genossen Barthel abzuberufen ... Er soll als Lehrer in unserer Schule Bad Berka mitarbeiten ... und durch eine ruhige Tätigkeit seine Gesundheit wiederherstellen." Man wolle „ihn dann für eine Zentralarbeit in der Verwaltung vorschlagen". Ich habe sofort an Eggerath geschrieben, daß die Versetzung von Karl Barthel an die Parteischule in Bad Berka für jeden Außenstehenden wie eine Diffamierung wirken müßte, die er nicht verdient habe, es seien doch noch nicht zwölf Monate vergangen, seitdem er aus dem Konzentrationslager befreit worden sei. Darauf erhielt ich postwendend eine grobe Antwort von Eggerath mit dem Schlußabsatz: „Die Auffassung, die immer wieder zum Vorschein kommt, wonach es sich hier um ein Intrigenspiel handelt, weise ich mit Entschiedenheit zurück. Jeder, der mich und meine Arbeit kennt, weiß, daß meine Arbeit und meine Politik eine gradlinige ist, und auch meine Mitarbeiter sind nicht gewöhnt, mit Intrigen zu arbeiten."

Über die Abberufung von Karl Barthel habe ich mir am 14. April 1946 folgende Notiz gemacht: „Kollege Barthel ist von seinem Amt zurückgetreten. So sehr ich jetzt – nachträglich – den Standpunkt der kommunistischen Parteileitung in Weimar verstehe,

---

[45] Heinrich Hoffmann (geb. 1899), war Mitglied der SPD und vor 1933 Bundessekretär des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold; im Sommer 1945 baute er (als Dr. Brills Stellvertreter) die Parteiorganisation der SPD in Thüringen mit auf. Stark engagiert für den Zusammenschluß der sozialistischen Parteien, wurde er um die Jahreswende 1945/46 Nachfolger Brills, gegen den er schon vorher gearbeitet hatte (Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 83); 1946 Landesvorsitzender der SED in Thüringen, 1948–1949 Mitglied der Deutschen Wirtschaftskommission für die SBZ und des Deutschen Volksrates.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

daß man ihn los sein wollte, so wenig kann ich mich damit abfinden, wie es gemacht worden ist. Wenn diese Art in Zukunft für die SED maßgebend sein soll, dann dürften meine Aussichten in Jena nicht günstig sein." An seine Stelle als Bürgermeister trat Frau Lydia Poser, die Witwe des von der SA umgebrachten kommunistischen Funktionärs Magnus Poser[46]. Man erwartete, daß sie sich als gute Funktionärin der KPD gegenüber dem sozialdemokratischen Oberbürgermeister bewähren würde. Die Zusammenarbeit mit ihr war sachlich, so daß ich keinen Grund zur Klage hatte; an meinem Verwaltungsstil änderte sich natürlich nichts.

[...]

Die meisten der beteiligten deutschen Beamten und Bürger gingen damals davon aus, daß die kommunale Selbstverwaltung nach und nach in alter Form wiedererstehen würde, zumal dies von allen Parteien angekündigt wurde, wie z. B. auch in dem Aufruf der KPD vom 11. 6. 1945, wo es unter Ziffer 4 wörtlich hieß: „Wiederaufrichtung der auf demokratischer Grundlage beruhenden Selbstverwaltungsorgane in den Gemeinden, Kreisen und Bezirken sowie der Provinzial- und Landesverwaltungen und der entsprechenden Landtage" (gez. Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht u. a. m.) Dagegen waren sich die russischen Machthaber und ihre deutschen politischen Verbündeten wohl schon damals völlig darüber klar, daß dies mit dem Gedanken der Volksdemokratie, die sie anstrebten, nicht vereinbar wäre.

Erst nach den Kommunalwahlen im September 1946 ließen die Machthaber ihre eigentlichen Ziele deutlicher in Erscheinung treten. Ich habe vorher die sich mir bietenden Gelegenheiten wahrgenommen, für die Erhaltung bzw. Wiedereinrichtung der demokratischen Selbstverwaltung im überkommenen Sinne zu plädieren. Im Dezember 1945 habe ich den damaligen Ministerpräsidenten von Thüringen[47] Dr. Paul bei seinem offiziellen Besuch, den er der Stadt Jena machte, mit beschwörenden Worten gebeten, für die Gedanken des Rechtsstaates und der kommunalen Selbstverwaltung einzutreten. Ich schloß meine Begrüßungsansprache mit dem Satz „Wir müssen im Rechtsstaat eine lebendige Selbstverwaltung im Interesse eines energischen Wiederaufbaues haben. Dann, glaube ich, werden Sie, Herr Präsident, eines Tages mit Stolz auch auf ihre thüringischen Städte und deren Leistungen hinweisen können."

Am 17. Juli 1946 schrieb ich an Otto Grotewohl: „Anliegend übersende ich vereinbarungsgemäß zwei Exemplare einer neuen Denkschrift[48] [...] betreffend die Siche-

[46] Magnus Poser (1909–1944, seit 1928 Mitglied der KPD, 1933–1936 in politischer Haft) und Dr. Theodor Neubauer (1890–1945, 1924–1933 Reichstagsabgeordneter der KPD, 1933–1939 im KL Buchenwald) hatten unabhängig voneinander in Jena bzw. Gotha illegale KP-Gruppen ins Leben gerufen. Ab 1942 arbeiteten sie zusammen und bauten bis zu ihrer Verhaftung (Juli 1944) in Thüringen eine größere Widerstandsorganisation auf. Während Dr. Neubauer nach einem Prozeß vor dem Volksgerichtshof am 5. Januar 1945 in Brandenburg hingerichtet wurde, starb Poser am 21. Juli 1944 in Buchenwald, nachdem er in der Nacht zuvor in Weimar sich durch Flucht seinen Bewachern entziehen wollte und dabei schwer verletzt worden war (Gertrud Glondajewski und H. Schumann, Die Neubauer-Poser-Gruppe, Berlin 1957, S. 72 ff.)

[47] Vgl. Anm. 31.

[48] Unter dem Titel „Die kommunale Selbstverwaltung im neuen Deutschland" umfaßte die am 12. Juli 1946 in Jena formulierte und an den Zentralausschuß der SED gerichtete Denkschrift 4½ Seiten. Sie trug die Unterschriften der Oberbürgermeister von Eisenach (Hamann), Erfurt (Boock), Jena (Dr. Troeger) und Weimar (Faust). Einen Durchschlag gab Troeger als „Anhang" zum ersten, die Jahre 1945 und 1946 behandelnden Teil seiner Erinnerungen. In dem Papier wurden u. a. für die Gemeinden mehr Zuständigkeiten, Handlungsfreiheit und finanzieller Spielraum gefordert und die Gängelung durch vorgesetzte Dienststellen abgelehnt.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rung der kommunalen Selbstverwaltung in der russischen Besatzungszone. Ich möchte hoffen, daß es noch vor den Wahlen möglich ist, einige grundsätzliche Erleichterungen herbeizuführen. Was hätten die Wahlen für einen Sinn und was sollten die neugewählten Körperschaften tun, wenn die Militärregierung auf die Organisation der Selbstverwaltung und auf die Beschlüsse der Verwaltungskörperschaften keinerlei Rücksicht nähme? Zur Freiheit der Selbstverwaltung gehört auch eine gewisse finanzielle Bewegungsmöglichkeit; das Herausstreichen großer Beträge aus den Haushaltsplänen, das Arbeiten mit Vierteljahresplänen und neuerdings die Wegnahme aller Einnahmeüberschüsse zu Gunsten der Besatzung müssen nicht nur die Selbstverwaltung zerstören, sondern jede ordentliche Verwaltung unmöglich machen. Es ist augenblicklich so, daß diejenigen Kommunalverwaltungen, die am besten, d. h. am sparsamsten arbeiten und wahrheitsgetreue Haushaltspläne und Rechnungsabschlüsse herstellen, durch den Entzug der Einnahmeüberschüsse bestraft werden ..." Auf dieses Schreiben habe ich von Otto Grotewohl keine Antwort erhalten.

3. Versorgung der Bevölkerung

Nach dem Ende der Kriegshandlungen gab es für kurze Zeit eine gewisse Verbesserung in der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und auch mit Textilien, weil die amtlichen deutschen Vorräte vor der feindlichen Besetzung zur Verteilung kamen. Während der amerikanischen Besatzungszeit konnte der Versorgungsstand einigermaßen gehalten werden, weil sich die amerikanische Truppe selbst aus eigenen Beständen versorgte. Mit der russischen Besatzung änderten sich die Verhältnisse grundlegend und zwar nicht nur deswegen, weil die russischen Truppen sich aus dem deutschen Lande verpflegten und versorgten, sondern weil etwa zur gleichen Zeit der ungeheure Strom von Flüchtlingen aus den Ostgebieten sich nach Thüringen und weiter nach Westen ergoß. Schließlich kam als vorübergehende drastische Belastung hinzu, daß unter der Aufsicht der Besatzungsstellen die nach den Ostgebieten zurückflutenden Arbeitskräfte, in der Hauptsache Polen, auf das schnellste zusammengeführt, in großen Lagern vereinigt und dann systematisch nach dem Osten zurückgebracht wurden. Eine solche Sammelstelle für Fremdarbeiter hatte die Firma Schott & Gen. in Jena zu betreuen.

Auf russische Anweisung wurde die Bevölkerung nach der Art der Arbeitsleistung in vier verschiedene Kategorien eingeteilt und dementsprechend mit Lebensmitteln versorgt, soweit solche überhaupt zu beschaffen waren. Die arbeitende Bevölkerung, insbesondere die Handarbeiter, waren bevorzugt. Die Werkskantinen wurden beibehalten und sogar ausgebaut. Wer nicht arbeitete, bekam Nahrungsmittel von vielleicht 1200 Kalorien pro Tag und konnte damit kaum leben. Der Schwarzhandel spielte nur eine geringe Rolle, teils weil die Maßnahmen der Besatzungsbehörde die Vorräte stark dezimiert hatten, teils auch deswegen, weil die Strafen außerordentlich hart ausfielen. [...] Was an Textilien oder an Möbeln, an Haushaltsgeräten u. a. geboten wurde, war meist von schlechter Qualität, in aller Regel bewirtschaftet und nach Möglichkeit für die Flüchtlinge und Heimkehrer reserviert. Dem Kunsthandwerk war damals insofern eine gewisse Blütezeit beschieden, als die aus geringwertigem Material hergestellten Gegenstände, wie Aschenbecher und Lesezeichen, Buchständer und Spielzeug reißend Absatz fanden, da die Bevölkerung nicht wußte, was sie mit ihrem Arbeitsverdienst anfangen sollte.

Im Herbst 1945 wurden auf russische Anweisung und mit kräftiger Förderung durch die Regierungsstellen in mehreren Städten Thüringens [...] sogenannte „freie Märkte" veranstaltet. Es handelt sich darum, die bäuerliche Bevölkerung nach Abschluß der Ernte und nach Erfüllung ihres Ablieferungssolls zum freihändigen Ver-

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kauf der ihnen verbliebenen Produkte zu veranlassen und dadurch der kaufkräftigen Bevölkerung zusätzliche Einkaufsmöglichkeiten zu geben. Ich mußte an der Eröffnung des freien Marktes in der Landeshauptstadt Weimar teilnehmen, wozu u. a. die gesamte Regierung aufgeboten war. An einem naßkalten Dezembertag spielte sich der freie Markt auf einem Platz in Weimar ab. Die Bevölkerung nahm trotz der Propaganda für diesen Weihnachtsmarkt mehr aus Neugierde als in der Hoffnung teil, dort etwas zur Linderung ihrer Notlage tun zu können. Ich selbst habe nicht gewagt, von den angebotenen Bratwürsten oder belegten Broten zu kaufen, weil ich niemandem, der schlechter versorgt war, etwas vorenthalten wollte. Man sah auch Holz- und Korbwaren; den größten Zuspruch hatten die Verkaufsstände mit Schnaps und Bier. Das ganze war eine ziemlich traurige Angelegenheit und ohne den gedachten propagandistischen Erfolg.

4. Beseitigung der Kriegsschäden

[. . .[49]]

Die russische Besatzungsmacht legte auf die schnelle Wiederherstellung wenigstens einer Brücke über die Saale im Bereich der Stadt Jena größten Wert. Die Stadtverwaltung bekam den Befehl, die Camsdorfer Brücke möglichst schnell wieder aufzubauen. Das geschah entgegen dem Befehl aus Karlshorst[50] nicht in Holz, sondern in Beton[51], womit für die Stadtverwaltung der große Vorteil verbunden war, daß die russische Dienststelle zum Bau der Brücke jede angeforderte Menge Zement aus der nahen Fabrik in Göschwitz zur Verfügung stellte. Ungezählte Waggons Zement sind damals verbotswidrig den Hausbesitzern und Bauunternehmern zur Reparatur von Gebäuden und Wohnungen abgegeben worden.

Besonders schmerzlich wurde der Mangel an Fensterglas empfunden. Glücklicherweise richtete sich die Firma Schott & Gen. auf die Herstellung von Fensterglas ein, das der Jenaer Bevölkerung zwar nicht ganz, aber zum erheblichen Teile zugeführt werden konnte.

Der Wiederaufbau der Universität lag den russischen Dienststellen und der Landesregierung in Weimar besonders am Herzen. Dabei spielten insoweit ideologische Gesichtspunkte eine Rolle, als Karl Marx an der Universität Jena sein Doktor-Examen abgelegt hatte, weshalb die Hochschule als besonders förderungswürdig galt. Die erneute Forschung nach der Doktorarbeit von Karl Marx über die „Differenz der demokritischen und epikureischen Naturphilosophie" blieb wiederum ergebnislos[52], doch hatte Jena den Vorteil, daß für den Wiederaufbau der Universität erhebliche Mengen an Baumaterial aller Art zur Verfügung gestellt wurden.

Der Schwarzhandel mit Baumaterialien hatte noch größere Formen angenommen als

---

[49] Ausführungen über Arbeitseinsatz zur Trümmerbeseitigung.

[50] Karlshorst: Berlin-Karlshorst, Sitz der Sowjetischen Militäradministration.

[51] Vgl. auch unten S. 914 f. und 918 f.

[52] Karl Marx (1818–1883), der in Bonn und Berlin studiert hatte, sandte seine Dissertation „Differenz der demokritischen und epikureischen Naturphilosophie" am 6. April 1841 dem Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Jena ein und wurde am 15. April 1841 in absentia zum Doktor der Philosophie promoviert. Im Universitätsarchiv Jena befindet sich kein Exemplar der Dissertation. Auf die Nachwelt ist lediglich eine einzige (unvollständige) Abschrift gekommen, die von einem Kopisten hergestellt wurde. Bei ihr dürfte es sich um das eingereichte und für eine Drucklegung zurückverlangte Exemplar handeln (J. F. Raddatz, Karl Marx, Eine politische Biographie, Hamburg 1975, S. 48).

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Schwarzhandel mit Nahrungsmitteln und Heizmaterial. Der größte Schwarzhändler war das Stadtbauamt unter seinem Leiter Dipl.-Ing. Leiffer. Dabei ist zu bedenken, daß die russischen Dienststellen an diesem Tauschhandel sehr interessiert waren, weil sie für eigene Zwecke Baumaterial aller Art brauchten, so daß sie sich gezwungen sahen, Tauschmaterial zur Verfügung zu stellen, wo immer sich solches bereitstellen ließ. Trotz der Beteiligung der russischen Dienststellen war der Tauschhandel nicht ungefährlich, weil man niemals wußte, ob sich nicht hier oder dort jemand aus Neid oder Mißgunst oder aus anderen Gründen bereit fand, die Beteiligten zu denunzieren. Solche Transporte wurden meist in der Nacht durchgeführt. Ich habe nicht selten erlebt, daß Stadtbaurat Leiffer von einer abendlichen Veranstaltung oder aus dem Kreise seiner Freunde hinweggeholt wurde, weil die Lastwagenfahrer Anweisung brauchten, wo sie das beschaffte Material verstecken sollten.

Die Verhältnisse wurden nach der Kommunalwahl vom September 1946 sehr viel schwieriger, um nicht zu sagen, trostlos, weil von diesem Zeitpunkt an die russischen Besatzungsstellen auf die Notlage und die Gefühle der deutschen Bevölkerung so gut wie gar keine Rücksicht mehr nahmen. Es wurden ungeheure Mengen von Material zu Lasten des Reparationskontos aus dem besetzten Gebiet fortgeschleppt; der Wiederaufbau hörte praktisch auf, soweit nicht aus politischen Gründen da und dort etwas auf dem Bausektor geschah, was keineswegs von dem Wunsch der betroffenen Bevölkerung oder der Stadtverwaltung abhing. Das zentrale System der öffentlichen Verwaltung in der sowjetischen Besatzungszone tötete alle Formen der kommunalen Selbstverwaltung mehr oder minder ab und machte die Gemeindeverwaltungen fast vollständig zu Befehlsempfängern. Ich hatte während meiner Dienstzeit das Glück, die Chancen der Übergangszeit nutzen zu können.

Zunächst sah es so aus, als würde der Wiederaufbau, insbesondere in den Städten, von staatswegen nachdrücklich betrieben oder jedenfalls gefördert werden, hatte doch das Land Thüringen durch seinen Präsidenten schon im Oktober 1945 ein besonderes Gesetz erlassen, das nach Genehmigung durch die Militäradministration am 12. Januar 1946 im Regierungsblatt veröffentlicht wurde. Danach war allgemein das vereinfachte Enteignungsverfahren nach den §§ 3–5 und §§ 48 ff. des thüringischen Enteignungsgesetzes vom 18. 4. 1921 in den Gemeinden zulässig, deren Wiederaufbau durch das Landesamt für Kommunalwesen als notwendig anerkannt worden war. [...] An dem Gesetzentwurf hatte ich maßgeblich mitgearbeitet; es sollte auch möglich sein, die Entschädigung für enteignete Grundstücke im Wege des Grundstückstausches zu leisten.

Für die Stadt Jena, deren Stadtkern durch Bomben stark zerstört war, arbeitete Professor Friedrich Schopohl einen großzügigen Bebauungsplan aus, der den Ansprüchen modernen Verkehrs entsprach und neuzeitlicher Straßen- und Platzgestaltung auch nach künstlerischen Gesichtspunkten Rechnung trug. Glücklicherweise hat sich die Oberpostdirektion Erfurt dem Vorschlag Schopohls beim Wiederaufbau des Hauptpostamtes angeschlossen und den eigenen Entwurf zurückgestellt, obwohl mit den Bauarbeiten schon begonnen war. Auch die Camsdorfer Brücke hat Schopohl, dem die künstlerische Bauleitung übertragen war, gestalten können. Nach meinem Ausscheiden aus dem Amt als Oberbürgermeister sind die Bebauungspläne von Professor Schopohl im wesentlichen unbeachtet geblieben. Die Stadtverordnetenversammlung hat sogar am 11. 9. 1947 beschlossen, den Bebauungsplan von Professor Schopohl für die Innenstadt aufzuheben. Schopohl starb am 29. Oktober 1948 im Alter von 69 Jahren.

Eine Besonderheit im Rahmen des Wiederaufbaues waren die "Jena-Bausteine", die auf eine Anregung von mir zurückgingen; es waren Erinnerungsstücke für Spenden und Opfer zum Wiederaufbau, die durch ihre Einmaligkeit, durch Form und Farbe in ihrer Art kleine Kulturdenkmäler aus schwerster Zeit sein und als Zeichen deutschen

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Denkens und Schaffens noch lange lebendig bleiben sollten. Sie trugen alle als Baustein-Zeichen das Johannistor in einem Kreis.
Ricarda Huch stellte ihr Kindertagebuch für eine Erstausgabe zur Verfügung, die Stiftungsbetriebe Zeiß und Schott lieferten schöne Aschenbecher aus Glas, der Keramiker Otto Lindig aus Dornburg fertigte ansehnliche Keksdosen, die Porzellanfabrik Kahla stellte Tassen und Aschenbecher zur Verfügung, der Kunstmaler Körting wartete mit farbig-illustrierten Märchenbüchern auf, eine Broschüre mit guten Abbildungen gab Zeugnis von Käthe Kollwitz, die kürzlich gestorben war, ein Gedenkblatt zur Einweihung der Camsdorfer Brücke trug den Brückengedenkspruch von Ricarda Huch:

Danke denen, die gebaut den Bogen,
daß dich das Gewässer nicht verschlinge,
Fehlt die Brücke über wilde Wogen,
so fasse Mut und schwimme oder springe.

Großes Befremden hatte die russische Militärregierung bei den Deutschen erregt, als sie die Anbringung des zunächst vorgesehenen Spruches an der Camsdorfer Brücke verbot; er lautete:

Alles ist nur Übergang!
Merke wohl die ernsten Worte!
Von der Stunde, von dem Orte
Treibt Dich eingepflanzter Drang.
Tod wird Leben, Streben Pforte –
Alles ist nur Übergang!

Mit der Beschaffung und dem Vertrieb der Jenaer Bausteine außerhalb der städtischen Verwaltung, aber unter meiner persönlicher Aufsicht, war Herbert Herold von mir beauftragt. Er erzielte in den ersten zwölf Monaten seiner Tätigkeit eine Gesamteinnahme von ca. 200000 RM. Nach meinem Fortgang von Jena hörte die Förderung seiner Arbeit durch den Oberbürgermeister auf, so daß sie im Herbst 1947 eingestellt werden mußte. Zu erwähnen ist noch die Burgauer Gemeinschaft, ein Zusammenschluß von Künstlern und Kunsthandwerkern, um die sich der Architekt Kurt Jahn ehrenamtlich bemühte. Sie verschaffte den Mitgliedern mit Hilfe der Stadtverwaltung im Vorort Burgau Werkräume und Arbeitsmaterial. Mein Weggang von Jena leitete ihr Ende ein.

5. Kulturelles Leben

Auf die Wiedereröffnung der Friedrich-Schiller-Universität wurde von russischer Seite kurze Zeit nach dem Einmarsch in Thüringen großer Wert gelegt. Die Landesregierung setzte mich als Wiederaufbaukommissar mit der Vollmacht ein, allenthalben Baumaterial zu beschlagnahmen und alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit die Universitätsgebäude möglichst schnell wiederhergestellt und der Vorlesungsbetrieb wieder aufgenommen werden konnten. Die Wiedereröffnung fand bereits am 15. Oktober 1945 statt. Aus diesem Anlaß hatte der Kulturbund Jena eine repräsentative Festschrift mit mehreren Beiträgen herausgebracht, darunter auch einen Aufsatz von Ricarda Huch über den „Grundwillen des deutschen Volkes" [...] und den Wortlaut meiner Rede über „Macht und Kultur" [...], die ich auf der öffentlichen Gründungsveranstaltung des Kulturbundes im Juli gehalten hatte. [...]
[...]
Die Enttäuschung bei dem kleinen Kreis der Eingeweihten war groß, als die bereits fertiggestellte Auflage der „Festschrift zur Wiedereröffnung der Friedrich-Schiller-Universität" von der Militärregierung beschlagnahmt und vernichtet wurde. Stein des

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Anstoßes war vor allem der Beitrag von Ricarda Huch „Der Grundwille des deutschen Volkes", aus dem ich nur die Schlußsätze zitieren will:

> Zwischen den Überbleibseln unserer Kultur, an die wir uns klammern wie Schiffbrüchige an rettende Planken, und neuen Plänen, die Heilung aller Übel verheißen, stehen wir zweifelnd. Der Anweisung bedürftig, denken wir an unsere Universitäten, die neben den Kirchen zu Hütern unserer Heiligtümer und unserer Kultur berufen sind. Ihre Aufgabe ist es, das Alte, das sich als echt und fruchtbar bewährt hat, zu bewahren und gleichzeitig den neuen Gedanken zu sammeln, zu prüfen und zu fördern. Sie haben sich einen Teil der mittelalterlichen Unabhängigkeit sichern können und die Würde, nicht nach dem Willen irgend eines Menschen, sondern zur Ehre Gottes, d. h. im Dienste der Wahrheit, zu forschen und zu wirken. Wir feiern in diesen Tagen die Wiedereröffnung der Universität Jena. In unglücksschwerer Zeit entstanden, später vom Genius beglänzt und für immer ausgezeichnet, ist sie uns ein teures Wahrzeichen. Wir grüßen sie hoffend, daß alte Weisheit und neues Leben von ihr ausströmen und nicht nur unsere zertrümmerte Stadt, sondern weithin deutsches Land befruchten werden.

Auch mein Beitrag „Macht und Kultur" fand keine Gnade bei den Zensoren; er wurde ohne meine Kenntnis gründlich zusammengestrichen und z. T. umformuliert. Als Ersatz kam eine von 48 auf 16 Druckseiten reduzierte Festschrift zur Eröffnung der Universität ohne jede literarische oder wissenschaftliche Bedeutung zur Verteilung.

An der Wiedereröffnungsfeier nahm u. a. der Gouverneur von Thüringen, General Tschuikow, der Sieger von Stalingrad, teil. Während des Festessens saß ich neben ihm; dabei konnte ich beobachten, daß er den Schnaps, der reichlich ausgeschenkt wurde, in eine nahe Blumenvase schüttete. Ich folgte seinem Beispiel, wir lachten uns verständnisvoll an.

Der erste Kurator der Universität war Max Bense[53], der mit aller Energie daranging, der Wissenschaft zu dienen und Raum zu geben, drängten doch zahlreiche Funktionäre aus dem kommunistischen Lager dahin, Einfluß auf die Lehrtätigkeit, besonders an der pädagogischen Fakultät, zu nehmen oder gar selbst Hochschullehrer zu werden. Lange freilich konnte der Widerstand nicht andauern; Max Bense mußte Jena verlassen. Der erste Rektor der Universität, Professor Dr. Zucker[54], war ehrlich bemüht, aber in dem Getriebe der Politik kein starker Mann. Übrigens habe ich mich damals bereit erklärt, eine Vorlesung über „Verwaltungsrecht in Geschichte und Praxis" mit insgesamt 25 Semesterstunden zu halten; es war für mich eine größere Belastung, als ich vermutet hatte, weil ich mich auf jede einzelne Vorlesung besonders vorbereiten mußte. Die Schulen in Jena waren schon während der amerikanischen Besatzungszeit wiedereröffnet worden. Nach dem Einzug der Russen ergaben sich große Schwierigkeiten für ihre Arbeit, weil zum Teil wichtige Schulgebäude für die Besatzungsmacht beschlagnahmt wurden, noch mehr aber deshalb, weil eine sehr gründliche Säuberung der Lehrkörper von Nationalsozialisten stattfand. Der Mangel an Lehrern war so groß, daß Schnellkurse für die Ausbildung von „Neulehrern" eingerichtet wurden, um dem gröbsten Mangel abzuhelfen. Diejenigen Lehrkräfte, die zunächst noch unterrichten durften, obgleich sie als harmlose Mitläufer der NSDAP angehört hatten oder Reserveoffiziere gewesen waren, wurden systematisch aus dem Schulbetrieb entfernt, sobald die notdürftig ausgebildeten Neulehrer in genügender Zahl zu Verfügung standen.

---

[53] Dr. Max Bense (geb. 1910), war in Jena 1946–1948 zugleich auch a. o. Professor für wissenschaftliche und philosophische Propädeutik. 1949 ging er an die Technische Hochschule Stuttgart.

[54] Dr. Friedrich Zucker (geb. 1881), o. Professor für klassische Philologie in Jena seit 1918, blieb Rektor bis 1948 (Emeritierung).

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Für das kulturelle Leben in Jena war es wichtig, daß es mir schon im September 1945 gelang, mit dem Schauspieler John Biermann aus Berlin einen Vertrag über die Führung des Stadttheaters abzuschließen. Das war erforderlich, weil städtische Mittel zum Betrieb des Theaters nicht zur Verfügung standen. Biermann war schnell dabei, gute Schauspieler aus Weimar zu engagieren und eröffnete das Theater am 13. September 1945 mit Grillparzers Sappho. Es bleibt rühmenswert, was bei den schwierigen äußeren Umständen in dieser Zeit John Biermann mit seiner Theatergruppe geleistet hat.
Zur gleichen Zeit gelang es, die „akademischen Konzerte" wiederaufleben zu lassen. Die Universität Jena hatte die gute Tradition, sich um die Pflege der Musik durch ihren akademischen Musikdirektor zu kümmern. Damals war es Professor Volkmann, der das Festkonzert zur Wiedereröffnung der Universität unter Mitwirkung der Singakademie Jena, der Weimarischen Staatskapelle und der Reußischen Kapelle dirigierte. Mit den besten Konzerten wartete die thüringische Staatskapelle aus Weimar unter ihrem Dirigenten Abendroth[55] auf. Alle Konzerte fanden in dem großen Volkshaussaal statt und erfreuten sich guter Teilnahme aus allen Kreisen der Bevölkerung.
Die Erwartungen, die an den Kulturbund geknüpft wurden, haben sich nach meiner Erfahrung nicht erfüllt. Er wurde sogar veranlaßt, eine eigene Kandidatenliste zur Gemeindewahl am 8. September 1946 aufzustellen, an deren Spitze der berühmte und in Jena außerordentlich beliebte Kinderarzt und Universitätsprofessor Dr. Jussuf Ibrahim stand. Trotz vermeintlich günstiger Voraussetzungen konnte der Kulturbund bei der Wahl nur einen Sitz in der Stadtverordnetenversammlung gewinnen; Professor Ibrahim schloß sich der Fraktion der LDP an.

6. Erfahrungen mit der russischen Besatzung

[...]
Der Oberbürgermeister trug in den Augen der russischen Kommandantur für alles die Verantwortung und mußte ihr buchstäblich Tag und Nacht Rede und Antwort stehen. Dieser Zustand dauerte etwa 4–6 Wochen; dann war es mir gelungen, mit dem Kommandanten einen festen Aussprachetermin jeweils am Donnerstag jeder Woche vormittags 11 Uhr zu verabreden und damit die Regelung zu verbinden, daß ich im übrigen, soweit als möglich, nicht belästigt wurde und die Mitarbeiter des Kommandanten ihre Fragen und Wünsche an meine Dezernenten unmittelbar richteten.
Der Stadtkommandant war ein ukrainischer Oberst und Berufsoffizier, Held der Sowjetunion, mit dem ich gut auskam. Die Erfahrung hat mir bestätigt, daß die Offiziere im Range eines Oberst (und höher) gebildete Persönlichkeiten waren, die sich um Literatur und Kunst, um die englische und die französische Sprache und dergl. bemühten und für ihre Kinder entsprechenden Privatunterricht wünschten. Die Offiziere mit geringerem Rang haben auf mich einen mehr oder weniger subalternen Eindruck gemacht. Eine besondere Stellung nahm der politische Vertreter des Stadtkommandanten ein; er stand im Range eines Oberstleutnants und war der Kontrolleur und Vertrauensmann der bolschewistischen Partei in dem Apparat der Stadtkommandantur. Unser beiderseitiges Verhältnis blieb trotz häufiger Begegnungen bis zu meinem Ausscheiden aus dem Amt unpersönlich, ja steif. Niemals ist in meiner Gegenwart ein menschlich warmes Wort über seine Lippen gekommen; auch Karl Barthel konnte, wie

---

[55] Hermann Abendroth (1883–1956), als Direktor der Staatlichen Musikhochschule in Köln 1934 entlassen, leitete 1934–1945 das Leipziger Gewandhausorchester und übernahm 1945 die musikalische Oberleitung am Nationaltheater in Weimar sowie die Thüringische Staatskapelle.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

er mir versicherte, trotz seiner langjährigen Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei mit dem Manne nicht persönlichen Kontakt gewinnen. Er ist für mich neben dem Leiter der NKWD in Jena die Inkarnation der bolschewistischen Diktatur geblieben. Die Sachbearbeiter in der Kommandantur waren Hauptleute und Offiziere niederen Ranges, die in vielen Fällen der Krieg aus ihren zivilen Berufen herausgerissen hatte und die sich voll innerer Unsicherheit als Sieger aufführten. Sie waren zum Teil bestechlich, in jedem Falle aber bei ihren Entscheidungen unberechenbar und unzuverlässig, da sie abweichende Anordnungen ihrer Vorgesetzten erwarten mußten oder gar befürchteten, wegen ihres Verhaltens zur Rechenschaft gezogen zu werden. Einige von ihnen versuchten sich durch Autodiebstähle und dergl. zu bereichern – auch mein Dienstwagen wurde eines Nachts aus der Garage des städtischen Verwaltungsgebäudes mit Gewalt herausgeholt. Obgleich das Fahrzeug noch in der gleichen Nacht mit einer anderen Farbe lackiert worden war, gelang es, den Dieb, einen russischen Offizier, dingfest zu machen, als er sich mit dem Wagen auf der Straße zeigte. Es ist mir nicht bekannt geworden, daß er wegen des Diebstahls bestraft worden ist; den Dienstwagen erhielt ich zurück. [...]

Hier sei ein kleines Erlebnis vermerkt, das ich mit dem militärischen Vertreter des Stadtkommandanten, einem Major, hatte, der mit dem Leninorden ausgezeichnet war. Er war in Vertretung des Kommandanten mit anderen Angehörigen der Besatzungsmacht einer Einladung in mein Haus gefolgt. Gegen Mitternacht herrschte ein feuchtfröhliches Miteinander, einer der russischen Offiziere saß am Flügel, alle sangen Lieder. Besagter Offizier erkundigte sich bei meiner Frau nach ihrem Ergehen und erfuhr dabei, daß die Nahrungsmittelzuteilungen für eine Familie mit sechs Kindern allzu knapp wären und daß besonders Butter fehlte. Ich kam zu dem Gespräch hinzu, auch Karl Barthel mit seiner Frau. Der Offizier meinte, daß es dem Oberbürgermeister und seiner Frau an nichts fehlen dürfe, wobei Barthel und ich ihm widersprachen mit dem Hinweis darauf, daß wir nicht mehr beanspruchen könnten und wollten, als uns zustünde. Der Offizier meinte, ich sollte mich selbst ausreichend mit Buttermarken bedienen; auf meine Entgegnung, daß dies die Jenaer Arbeiter nicht verstehen würden, antwortete er kurz in deutscher Sprache: „Spuck ihm ins Gesicht", um klarzustellen, daß es darauf doch nicht ankäme. Aus dieser Auffassung sprach der Kastengeist, der jedenfalls bei den Besatzungstruppen auch sonst deutlich festzustellen war. Der unterste Stand waren die Mannschaften, einige Grade besser an Verpflegung, Kleidung usw. wurden die Unteroffiziere behandelt; bei den Offizieren verlief eine streng eingehaltene Grenze, unterhalb des Obersten.

Die Militäradministration in Weimar unter dem Generalleutnant Kolesnitschenko[56] war eine bürokratische Institution wie andere auch. Die Abhängigkeit selbst des Generals von der Zentralinstanz in Karlshorst wurde mir besonders klar, als ich mit ihm wegen des Neubaues der Camsdorfer Brücke[57] verhandelte. Der Befehl aus Karlshorst lautete auf schnellstmögliche Errichtung der Brücke in Holz; das Interesse der Stadt gebot mir, dafür einzutreten, die Brücke in Beton zu bauen, weil der Holzbau doch nur ein Provisorium gewesen wäre. Ich legte General Kolesnitschenko Zeichnungen für ein Projekt in Holz und andere Zeichnungen für ein solches in Beton vor und bat, sich mit dem Betonbau einverstanden zu erklären. Seine Gegenfrage war, wieviel Zeit für den Neubau in Beton gebraucht würde; die Brücke sollte bis Ende April fertig sein. Ich erwiderte, daß ich mich dafür stark machen würde, die Betonbrücke bis Ende Juni 1946 dem Verkehr zu übergeben. Der General wich der von mir erbetenen Entschei-

---

[56] Chef der Sowjetischen Militäradministration in Thüringen war GenOb. Tschuikow. Unter ihm leitete GenLt. Kolesnitschenko die zivilen und Verwaltungsangelegenheiten.

[57] Vgl. auch oben S. 913.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dung aus und erklärte etwa wörtlich: „Wenn ich Oberbürgermeister von Jena wäre, würde ich in Beton bauen." Die Genehmigung dazu gab er mir jedoch nicht. Eine Rückfrage in Karlshorst hätte längere Zeit in Anspruch genommen, was unter allen Umständen vermieden werden mußte. Ich verabschiedete mich von dem General mit dem Entschluß, den Bau in Beton durchzuführen, und bat um die nachhaltige Unterstützung der russischen Instanzen, die mir in der Tat zuteil wurde. Die Brücke war Ende Juni 1946 programmäßig fertig und wurde am 13. Juli mit einem wahren Volksfest eingeweiht. Die Militäradminstration in Karlshorst hatte dazu einen Vertreter im Range eines Obersten geschickt. Er hatte den Auftrag, mir mitzuteilen, daß die Stadtverwaltung Jena die erste wäre, die einen versprochenen Bautermin eingehalten hätte und daß ich mir daher als Belohnung die Förderung eines anderen Bauprojektes wünschen könne. Ich entschied mich für die Herstellung einer zweiten Brücke über die Saale.

Eine sehr unerfreuliche und gefürchtete Institution war die russische Staatspolizei (NKWD)[58], die sich im Amtsgericht eingerichtet hatte, weil sie das Gefängnis brauchte. In der ersten Zeit wurden wohl täglich Jenaer Bürger mit oder ohne Hilfe der deutschen Polizei verhaftet und der NKWD überstellt. Es war dem Außenstehenden nicht möglich zu erkennen, nach welchen Gesichtspunkten die Verhaftungen vorgenommen wurden, außer wenn sie frühere aktive Nationalsozialisten trafen.

Karl Barthel und ich wurden aus den Kreisen der Bevölkerung immer wieder gebeten, uns um das Schicksal der verhafteten Personen zu bekümmern. Wir taten es mit besonderem Nachdruck, wenn es sich um Angehörige der Stadtverwaltung handelte. Als ich mehrfach bei dem Leiter der NKWD, dem der Stadtkommandant keine Weisungen erteilen konnte, vorstellig geworden war, hielt er mir mit drohender Handbewegung vor, daß ich mich selbst der Unterstützung feindlicher oder subversiver Kräfte verdächtig machte, wenn ich mich für die Entlassung verhafteter Personen einsetzte. Bei städtischen Angestellten, z. B. bei dem Leiter des Jenaer Elektrizitätswerkes, begnügte ich mich daher in Zukunft mit der persönlich vorgetragenen Frage, ob ich für den Verhafteten einen Nachfolger einstellen sollte, d. h. ob er für längere Zeit eingesperrt war oder nicht. Nach einigen Tagen erhielt ich in der Regel eine zutreffende Auskunft:

Die NKWD-Stelle in Jena hatte sich an zuständiger Stelle danach erkundigt, ob der Verhaftete nur als Zeuge in einem anderen Verfahren gebraucht wurde, oder ob ihm selbst der Prozeß gemacht werden sollte. Die Angehörigen hatten in der Regel keinen Zutritt zu den Verhafteten bei der NKWD, es wurde ihnen aber in den meisten Fällen bedeutet, daß sie zur Erleichterung des Schicksals ihrer Angehörigen wesentlich beitragen könnten, wenn sie Decken und Matratzen lieferten und auch Nahrungsmittel herbeischafften. Niemals ist zu meiner Zeit einer der Verhafteten mit den ihm beigestellten Decken und Matratzen zurückgekehrt.

[...]

Auch für Vertrauenspersonen wie mich als dem ausdrücklich überprüften und genehmigten Oberbürgermeister war der Umgang mit den russischen Instanzen deswegen oft schwierig, weil eine große Empfindlichkeit und ein tiefes Mißtrauen bei allen Stellen ständig beachtet werden mußte. Wie schnell waren Offiziere bei der Hand, das Verhalten deutscher Bürger als Beleidigung der Roten Armee aufzufassen und dementsprechend scharf zu mißbilligen oder gar zu bestrafen. Ich bin einige Male stutzig geworden, als mein gewiß vorsichtiges Verhalten auf Kritik stieß und drohende Äuße-

[58] Die Sicherheitsorgane der Sowjetunion unterstanden damals noch dem Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten (NKWD); im Oktober 1946 ging die Zuständigkeit für Sicherheits- und Abwehrfragen auf das Ministerium für Staatssicherheit (MGB) über.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rungen hervorrief. Es hat sich in einem Falle darum gehandelt, daß ich nicht sehr freizügig als Erster meinen Gruß anbrachte, oder in einem anderen Falle, daß eine lachende Bemerkung als der Versuch des Lächerlichmachens russischer Personen oder Einrichtungen hingestellt wurde. Mit dem Verdacht der Konspiration war man sehr schnell zur Hand. Eine Konferenz der Oberbürgermeister von Sachsen und Thüringen, die in Halle stattfand, und zu der Oberbürgermeister Zeigner[59] aus Leipzig eingeladen war, rief das Mißtrauen der russischen Dienststellen hervor und durfte nicht wiederholt werden. Ich habe freilich ohne jede Heimlichkeit die Oberbürgermeister der sieben kreisfreien Städte des Landes Thüringen regelmäßig zu Besprechungen eingeladen, ohne auf Widerstand bei den Besatzungsstellen zu stoßen.
Der frühere Fahrrad-Fabrikant Paul Decker aus Deutsch-Wartenberg, ein guter Bekannter von mir, der nach Sachsen geflohen war, hatte einen Rundbrief „Heimatverbundener Schlesier" verfaßt und verschickt, um die persönlichen Beziehungen mit den ihm bekannten Flüchtlingen wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten. Die NKWD hat ihn wegen feindlicher Konspiration eingesperrt und lange Zeit festgehalten; dabei ist der alte Mann – er war über 70 Jahre alt und kränklich – übel mißhandelt worden, so daß er ein Auge verlor. In solchen Dingen war höchste Vorsicht geboten; die Russen ließen nicht mit sich reden, sie schöpften sofort Verdacht auf Geheimbündelei und subversive Tätigkeit oder gar auf die Vorbereitung von Gewaltverbrechen. Ich erinnere mich noch an ein anderes Beispiel: Der Leiter der Thüringischen Staatsbank in Jena, Dr. Koch, war als aufrechter Demokrat und Gegner des Nationalsozialismus bekannt. Als er eines Tages nach Einbruch der Dunkelheit von der Arbeit heimging, traten zwei russische Soldaten kurz vor seinem Haus auf ihn zu mit der Frage, ob er Dr. Koch sei, er wäre doch Faschist und solle mit ihnen kommen. Herr Koch verbat sich die Belästigung auf der Straße; er soll einen der beiden Soldaten mit seinem Spazierstock geschlagen haben. Die Soldaten verschwanden, Koch ging in seine Wohnung und wurde kurze Zeit darauf von einer bewaffneten Gruppe russischer Soldaten abgeholt. Es ist niemals mehr von ihm etwas verlautet.

7. Die Haltung der deutschen Bevölkerung

Obwohl die amerikanischen Besatzungsstellen eifrig darum bemüht waren, den vereinbarten und kurz bevorstehenden Wechsel der Besatzung von Thüringen zu verheimlichen, war die nahe Ankunft der Roten Armee doch weitgehend bekannt geworden. Die Bevölkerung verhielt sich ob des bevorstehenden Wechsels der Besatzungstruppen durchaus reserviert. Der Krieg war ja zu Ende; man wartete darauf, was die Siegermächte nach den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz mit dem deutschen Volke vorhätten. Schon am 21. Juli 1945 fand eine von den Besatzungsstellen genehmigte große Kundgebung der Jenaer Bevölkerung im Volkshaussaal statt, deren Grundthema war, die Einheit der Nation zu retten. Damals sprachen außer mir Karl Barthel, Dr. Herbert Koch, Professor Veil, der Vorsitzende der KPD Wehner und andere Politiker. Plakate mit dem Bild Stalins kündeten an, daß die deutsche Einheit in dem verkleinerten Gebiet gewahrt würde, wie es Stalin in seinem Tagesbefehl an die Rote Armee vom 1. 5. 45 verkündet hatte.
[...]

[59] Dr. Ernst Zeigner (geb. 1886), Jurist, Mitglied der SPD nach 1918, 1921 sächsischer Justizminister, 1922 auch Landtagsabgeordneter, 1923 als Ministerpräsident von Sachsen im Konflikt mit der Reichsregierung Stresemann, wurde am 16. Juli 1945 Oberbürgermeister von Leipzig.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bald nach dem Einzug der russischen Besatzung verbreiteten sich allenthalben Gerüchte mit mehr oder minder detaillierten Angaben über die Plünderungen bei der Besetzung von Berlin und über die Schändung deutscher Frauen. Wenn sich auch solche Vorgänge Anfang Juli 1945 bei der Besetzung des westlichen Sachsens und des Landes Thüringen nicht gerade häufig wiederholten, so war doch die Bevölkerung über die Haltung der östlichen Siegermacht – nicht nur im Vergleich zu den Amerikanern – enttäuscht und zum Teil sogar erschrocken. Es zeigte sich der Bevölkerung deutlich der Unterschied bei den Besatzungstruppen in der persönlichen Haltung, in der menschlichen Bildung und auch im Mangel an christlichem Glauben.

Die Enttäuschung wuchs, je mehr sich im Laufe der Zeit zeigte, daß die Vertreter der Siegermacht Rußland – und zwar weder die Offiziere noch die breite Masse der Soldaten – irgendwie Spuren einer demokratischen oder sozialistischen Grundhaltung im westlichen Sinne bekundeten. Es wurde darüber geklagt, daß die Volksdemokratie wenig mit dem Begriff der Demokratie gemein hätte, wie er uns in Deutschland nach der Französischen Revolution auf Grund der einfachen Schulbildung geläufig war. Von der ethischen Grundhaltung des Sozialismus, die ihre Wurzeln tief im Christentum hat, war schon gar nichts bei den Vertretern der sowjetrussisch-sozialistischen Republik zu merken. Der fast völlige Mangel an Rücksichtnahme auf die deutschen Juden als Opfer des Nationalsozialismus und auf andere Naziverfolgte – außer bei wichtigeren Funktionären –, auf Kriegsbeschädigte und andere sozial benachteiligte Personen oder Gruppen bewies die Härte des östlichen Regierungssystems. Die zum Teil plumpe Propaganda, die im Einvernehmen mit der KPD betrieben wurde und sich der Begriffsverwirrung, der List und auch der bewußten Lüge bediente, wirkte wie der Vorbote einer düsteren Zukunft.

Die mit großem Aplomb von der russischen Administration befohlene und von deutschen Instanzen durchgeführte sog. Bodenreform brachte die erste, sehr tief wirkende politische Spannung und Enttäuschung. Der zweite Vizepräsident der thüringischen Landesregierung, ein CDU-Mitglied namens Dr. Kolter[60], sträubte sich, seinen Namen unter das Gesetz zur Bodenreform für das Land Thüringen zu setzen, weil er gewisse Milderungen und Ausnahmemöglichkeiten nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt des Schutzes der politisch Verfolgten des Nazisystems vergeblich gefordert hatte. Er wurde seines Amtes entsetzt, von den Russen verhaftet und hat seinen politischen Widerstand mit dem Tode bezahlt. An seine Stelle trat der CDU-Politiker Dr. Hans Lukaschek[61], der die politische Aussichtslosigkeit aller Bemühungen sah, an der Bodenreform nach russischem Befehl etwas zu ändern, und bereit war, das Gesetz im Lande Thüringen durchzuführen. Lange hat er seines Amtes nicht gewaltet, weil es ihm als aufrichtigem Manne unmöglich war, die Politik mitzumachen, die von den russischen Dienststellen

---

[60] Dr. Kolter hatte unmittelbar nach Kriegsende dem Antifa-Ausschuß in Weimar angehört, war Mitbegründer der CDU in Thüringen und im Sommer 1945 in der Landesverwaltung unter Paul für das Ressort Land- und Forstwirtschaft verantwortlich. Die Verordnung über die Bodenreform in Thüringen wurde am 10. September 1945 erlassen. Vgl. hierzu auch den auf die sowjetische Besatzungszone bezogenen Überblick bei G. J. Trittel, Die Bodenreform in der Britischen Zone 1945–1949, Stuttgart 1975, S. 12 ff.

[61] Dr. Hans Lukaschek (1885–1960), bis 1933 Mitglied der Zentrumspartei, 1929–1933 Oberpräsident der Provinz Oberschlesien, wegen Verbindung zum Kreisauer Kreis 1944–1945 im KL Ravensbrück, 1945 Mitbegründer der CDU in Thüringen, Sept. 1945 bis zu seiner Amtsenthebung im Sept. 1946 Leiter des thüringischen Landwirtschaftsministeriums. L. siedelte 1947 in die Westzonen über, wurde 1948 Vizepräsident des Obersten Gerichtshofes für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet und war 1949–1953 Bundesminister für Angelegenheiten der Vertriebenen.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verlangt wurde. Übrigens hat auch mein Freund Herbert Radig, ein ausgesprochener Gegner des Nationalsozialismus, als verantwortlicher Mann für die Landwirtschaft im Lande Brandenburg seinen Widerstand gegen die befohlene Bodenreform, wie mir berichtet wurde, mit dem Tode bezahlt.

Die fast bedingungslose Ergebenheit der kommunistischen deutschen Spitzenfunktionäre gegenüber den Wünschen und Maßnahmen der russischen Besatzungsmacht wurde den Jenaern besonders deutlich am Falle der Demontage der Zeißwerke und der Glasfabrik Schott & Gen. vor Augen geführt. Es war nach und nach durchgesickert, daß diese beiden Wirtschaftssäulen der Stadt Jena vollständig demontiert werden sollten, nachdem man eine Bestandsaufnahme von russischer Seite durchgeführt hatte. Man wollte sich nicht damit begnügen, die Produktion dieser beiden Unternehmungen für Rußland in Anspruch zu nehmen. Ich erinnere mich noch deutlich, daß ich im Sommer 1946 wegen der drohenden Demontage mit Karl Barthel und Mitgliedern vom Betriebsrat der Zeiß- und Schottwerke bei Walter Ulbricht in Berlin vorstellig war und ihm eine Denkschrift überreichte. Der Eindruck, den wir alle von diesem wichtigsten Funktionär in Berlin hatten, war vollkommen negativ. Ulbricht hat auch nicht mit einem Worte angedeutet, daß er bereit wäre, sich für das Jenaer Anliegen bei der russischen Besatzungsmacht einzusetzen. Er versuchte uns klarzumachen, daß größere politische und wirtschaftliche Gesichtspunkte vorlägen, die für die Demontage sprächen, und daß die Jenaer sich darein fügen müßten. Wir kehrten hoffnungslos nach Jena zurück. Die Demontage begann allerdings erst nach den Kommunalwahlen vom September 1946.

Bevor wir in Walter Ulbrichts Büro geführt wurden, warteten wir bei dem Genossen Zinne von der Kommunalabteilung der SED und plauderten miteinander. Als die Sprache auf die wirtschaftliche Einheit Deutschlands kam, bemerkte Zinne, daß er kurz zuvor mit Walter Ulbricht darüber gesprochen habe; er hätte ihm (Zinne) gegenüber klar ausgesprochen: „Was sollte denn dann aus uns werden?"

Nachdem die SPD durch die Vereinigung mit der KPD zur SED außer Funktion gesetzt war, worüber ich anschließend berichte, konnten die ersten allgemeinen Wahlen zu den Gemeindeparlamenten in Thüringen am 8. September 1946 durchgeführt werden. Bezeichnend ist das Ergebnis für Jena, wonach die LDP 21 Sitze errang, das waren 3 Sitze mehr als die SED und 11 Sitze mehr als die CDU.

Die ganze Schwere des deutschen Schicksals im russischen Besatzungsgebiet wurde erst nach diesen Wahlen spürbar. Es begann für Jena mit der Demontage der Betriebe von Zeiß und Schott bis zu den Fahrstühlen und Fensterbeschlägen. Bald folgte eine noch viel radikalere „Säuberung" der öffentlichen Verwaltung von ehemaligen Nationalsozialisten und Offizieren. Die Enteignung gewerblicher Unternehmungen reichte bis zu den Handwerksbetrieben herab; nach Durchführung der Demontage lasteten schwere Reparationslieferungen auf dem Lande, die Bevölkerung verharrte schutzlos und zum größten Teil innerlich gebrochen – schon nach den Erfahrungen des Dritten Reiches – in stummem Schweigen und in Angst vor den Nachbarn rechts und links. Allenthalben waren Spitzel tätig, für Denunzianten war ein weites Feld der Betätigung gegeben, die NKWD hatte im Herzen der Bevölkerung die Stelle eingenommen, die jahrelang von der Gestapo besetzt war. Es gab wieder einen „deutschen Blick", d. h. das ängstliche Umschauen nach rechts und links, bevor der ehrliche Mann oder die ehrliche Frau den Mund auftat. Von den früheren sozialdemokratischen Funktionären verzehrten sich einige in Schmerz und Gram. Ich denke besonders an den braven Wilhelm Richter, den naziverfolgten Geschäftsführer der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Jena, oder an Eduard Heintz, den Betriebsratsvorsitzenden der Schottwerke, beide alte Sozialdemokraten, die ihre öffentlichen Funktionen aufgaben, weil es ihnen auf die Dauer nicht möglich war, in unehrlicher Haltung zu verharren.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

8. Der Zusammenschluß von SPD und KPD

Bei nachträglicher Betrachtung bin ich davon überzeugt, daß im Sinne des maßgebenden kommunistischen Regimes die Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien, der SPD und der KPD, zur politischen Einheit der Arbeiterklasse unmittelbar nach der Besetzung der sowjetischen Zone, also noch bevor die Errichtung von Parteien amtlich zugelassen war, in Thüringen auch während der amerikanischen Besatzungszeit, vorbereitet wurde. Das geschah in allen Stadt- und Landkreisen mit der Bildung der Antifa-Ausschüsse (Antifaschistischen Ausschüsse)[62], in denen kommunistische Funktionäre die Führung an sich brachten und in vielen Fällen auch die Mehrheit, ohne daß die anderen Mitglieder recht verstanden, was eigentlich gespielt wurde. Diese Ausschüsse waren zunächst – unter den sowjetischen Besatzungsinstanzen – die maßgebenden politischen Vertretungen der deutschen Bevölkerung, die sich zumal in den ersten Monaten nach der Kapitulation mit allen ihnen wichtig erscheinenden Fragen wie der Auswahl der leitenden Beamten (Bürgermeister, Oberbürgermeister, Landräte, Vorsteher der Arbeitsämter usw.), aber auch mit der Erfassung und der Verteilung von Nahrungsmitteln, mit dem Arbeitseinsatz, der Entnazifizierung und anderem mehr befaßten, ohne praktisch eine Verantwortung zu tragen. Die Antifa-Ausschüsse setzten sich aus den Vertretern der später zugelassenen Parteien, der Gewerkschaften und aus anderen Gruppen zusammen, die als Gegner des Nationalsozialismus sich bewährt hatten oder jedenfalls als solche galten. Erst nach und nach mit dem Fortschritt des Aufbaues und der ordentlichen Besetzung der Verwaltung in den Ländern und Gemeinden trat eine Wandlung ein und schwand der Einfluß der Antifa-Ausschüsse; er ging auf die Parteien und später auf die gewählten politischen Körperschaften über.

Die Mitglieder der SPD – ich nenne als Kronzeugen Dr. Hermann L. Brill, den Vorsitzenden der Bezirkskonferenz Thüringen, den ersten Präsidenten des Landes – haben bis Dezember 1945 geglaubt und sind davon ausgegangen, daß sie in der Frage der Verschmelzung von SPD und KPD das Recht der freien Entscheidung hätten. Sie waren im Irrtum und hatten die Strategie und Taktik der Funktionäre nicht erkannt. Das ist auf der Sitzung des Gesamtvorstandes des Landesverbandes Thüringen der SPD am 26. November 1945 in Weimar durch den Meinungsstreit zwischen dem Vorsitzenden Dr. Brill und seinem Vertreter und Nachfolger Heinrich Hoffmann deutlich geworden.

Dr. Brill schlug in seinem Hauptreferat vor, eine Reichsorganisation der SPD herzustellen, die über die Zonen hinweggeht, weil die Einigung von SPD und KPD selbst über die Landesverbände oder die Zonen hinaus keine Lösung wäre; die so zusammengesetzte Partei ware die wichtigste Voraussetzung für die Herstellung der Reichseinheit und damit für die Lösung aller proletarischen Lebensfragen. Dem neuen Parteivorstand sollten zumindest zur Hälfte Genossen angehören, die nachweislich in der Illegalität gearbeitet haben. Brill empfahl die kollektive Mitgliedschaft der Gewerkschaftsverbände in der späteren vereinigten deutschen Arbeiterpartei, wobei ihm das Vorbild in England vorschwebte; er wandte sich besonders nachdrücklich gegen die zentralistische Organisation der KPD.

„Wir stehen vor der Schicksalsfrage[63], ob es der deutschen kommunistischen Partei möglich sein wird, etwas an ihrem Charakter zu ändern und sich in diese sozialistische Einheit der Arbeiterklasse, wie wir sie für notwendig halten, einzufügen. –

[62] Zur Tätigkeit der Antifa-Ausschüsse und zu den Motiven und Tendenzen der Vereinigungsbestrebungen vgl. die in den Anm. 10 und 18 genannte Literatur.

[63] Das Protokoll dieser Vorstandssitzung (masch.schr., 123 S.) ist auch im Nachlaß Brill erhalten und von Moraw, Die Parole der „Einheit", S. 115 ff., 135 und 145, zu kleineren Teilen zitiert worden.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Manche schütteln mit dem Kopf. Ich halte es trotzdem für möglich. Denn, Genossen, auch die KPD ist bei allen Machtmitteln, die ihr heute zur Verfügung stehen, in der Massenbewegung nur eine kleine organisatorische Minderheit, und die Massen werden ja einmal Gelegenheit haben, über die Politik der kommunistischen Partei das Urteil zu sprechen, und ich glaube, das Urteil der Massen wird auch für die Führung der KPD maßgebend sein. Ich bin deshalb durchaus nicht hoffnungslos."

Ich bringe nunmehr die Entgegnung von Heinrich Hoffmann ohne größere Kürzungen im Wortlaut des Protokolls, weil sie nach meiner Auffassung die damalige Situation bei den Vereinigungsbestrebungen (zumindest im Lande Thüringen) klar zeigt. Hoffmann führte aus:

„Zwischen dem Genossen Brill und mir besteht eine Meinungsverschiedenheit. Diese Meinungsverschiedenheit ist nicht grundsätzlicher Art, sondern rein taktischer Natur in Bezug auf unser Verhalten in dieser Frage. Dieser Widerspruch zwischen ihm und mir ist genau der gleiche Widerspruch, wie er in seinem Referat zum Ausdruck kam, er liegt sogar in ihm selber. Denn Genosse Brill sagte eingangs seiner Ausführungen, daß die Einigung des Proletariats die größte Frage von taktischer Bedeutung sei, aber nicht die größte politische Frage der Gegenwart. Im weiteren Verlauf des Referats hat er zum Ausdruck gebracht, daß diese Frage über Leben und Tod der deutschen Arbeiterklasse entscheidet. Und das ist der eigentliche Kern, Genossen, das ist der Widerspruch, der zwischen uns besteht. Ich bin der Auffassung – und ich habe diese Auffassung immer wieder in den Versammlungen zum Ausdruck gebracht –, daß die Einheit der deutschen Arbeiterklasse kommen muß, wenn wir nicht überhaupt untergehen sollen, nicht nur wir als Arbeiterklasse, sondern das ganze deutsche Volk. Der Wiederaufbau des neuen wirtschaftlichen und politischen und sozialen Lebens in Deutschland ist nur möglich durch eine einheitlich geführte deutsche Arbeiterklasse. Es gibt keinen anderen Weg. Und weil dem so ist, deshalb darf diese Frage nicht vom Standpunkte des Parteiegoismus aus betrachtet werden, sondern sie muß beantwortet werden von dem Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem deutschen Volke, vor allem aber von dem Verantwortungsbewußtsein gegenüber der deutschen Arbeiterklasse. Und da müssen wir uns so einstellen, daß wir die KPD nicht als Gegner oder als Feind der SPD betrachten, sondern als zukünftigen oder schon gegenwärtigen Bundesgenossen. Genossen, wenn Ihr das für unmöglich haltet und wenn Ihr es nicht über Euch bringt, die Dinge so zu betrachten, daß die kommunistischen Funktionäre und die kommunistischen Mitglieder in absehbarer Zeit Mitglieder einer Partei sind, mit der wir genossenschaftlich und kameradschaftlich zusammenarbeiten, wie das früher auch zwischen Lassalleanern und Eisenachern für unmöglich gehalten wurde und dann doch zu einer Einigung führte, wie es zwischen USPD und Mehrheits-Sozialdemokraten zunächst für unmöglich gehalten wurde und dann doch zur Einigung führte und dann vertrauensvoll und kameradschaftlich Hand in Hand gearbeitet wurde, genauso muß es in Zukunft werden [sic].

Wir haben uns in dieser Frage ja bereits entschieden, indem wir am 8. August den Aktionsausschuß gebildet haben. In diesem Aktionsausschuß ist in mehreren Sitzungen ein Aktionsprogramm beschlossen worden. Wenn dieses Aktionsprogramm von unseren Genossen draußen nach seinem Wortlaut und nach seinem Sinn mehr beachtet worden wäre, wenn mehr danach gearbeitet worden wäre, dann wären manche Schwierigkeiten und Widerstände, die hier und da aufgetreten sind, gar nicht erst aufgekommen. Es liegt vielfach an unseren eigenen Genossen, wenn sie sich gegen einzelne irregeleitete Elemente der KPD, die plötzlich Oberwasser erhalten haben, nicht durchzusetzen vermögen. Die Bezirksleitung der KPD jedenfalls ist ehrlich bemüht, solchen Elementen das Handwerk zu legen und sie kaltzustellen.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wenn wir zu einer Verständigung mit der KPD kommen, daß der status quo, das gegenwärtige Kräfteverhältnis im Lande, aufrechterhalten bleibt, daß dort, wo ein kommunistischer Landrat oder Oberbürgermeister gewesen ist, wieder ein kommunistischer Landrat oder Oberbürgermeister hinkommt, und daß dort, wo ein sozialdemokratischer Landrat oder Oberbürgermeister gewesen ist, wieder ein sozialdemokratischer Landrat oder Oberbürgermeister hinkommt – und genau das gleiche gilt für die Betriebsräte und für die übrigen Posten – dann wissen die Kommunisten, daß sie uns nicht überfahren können. Das sind Vereinbarungen, die eingehalten werden müssen.

Genossen, die Frage der Einheit setzt eine einheitliche Grundlage voraus, und ich habe auf der ersten Bezirkskonferenz am 11. August klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß ich die SPD nicht als einen Selbstzweck ansehe, sondern als ein Mittel zum Zweck, die Lage der Arbeiterklasse zu heben. Wenn wir von dieser Grunderkenntnis ausgehen, daß die Partei nicht Selbstzweck, sondern ein Mittel zu dem Zweck ist, unser Ziel zu erreichen, dann kommen wir zu der Schlußfolgerung, daß zwischen unserer Grundeinstellung und der Grundeinstellung der Kommunisten im gegenwärtigen Augenblick keine großen Differenzen bestehen.

Was ist Politik? Politik ist letztenendes Kampf um die Macht. Wir wollen die Macht; nicht für die Partei, sondern für die gesamte deutsche Arbeiterklasse. Anderenfalls kommen wir nicht zum Ziele. Und die Strategie der KPD, Genossen, ist eindeutig darauf gerichtet, die Macht im werdenden Staate zu erlangen. Diese Politik hat sie von Anfang an sehr folgerichtig betrieben. Ich habe mir in stiller Stunde einmal Aufzeichnungen darüber gemacht.

Das erste nach dem Einmarsch der Amerikaner war es, die Großbetriebe für sich zu gewinnen und die Großbetriebe durch das Einsetzen von antifaschistischen Vertrauensleuten zu beherrschen, die Gewerkschaften zu besetzen, die Zentralen der Gewerkschaften nach Erfurt, der größten Stadt in Thüringen und dem wichtigsten Verkehrsknotenpunkt, zu verlegen. Das ist ihr gelungen. Die KPD konnte das durchführen, weil wir damals keineswegs in der Lage waren, dem entgegenzuwirken. Zweitens: Die KPD hat von Anfang an versucht, die großen Städte in Thüringen in ihre Hand zu bekommen und die Oberbürgermeisterstellen und Polizeistellen zu besetzen. Auch das ist ihr gelungen. Erfurt, Gera, Nordhausen sind in der Hand kommunistischer Oberbürgermeister. Alle drei Städte sind wichtige Verkehrsknotenpunkte. Die KPD hat es weiter versucht, und sie versucht es heute noch, das Landvolk für sich zu gewinnen durch die Bodenreform, durch die Bildung von Orts- und Kreiskommissionen, durch das Einsetzen von kommunistischen Landräten in rein bäuerlichen Bezirken, z. B. Weißensee, Langensalza, Saalfeld. Ich stelle Tatsachen fest. Sie hat weiter versucht, die Polizeiorganisation in ihre Hand zu bekommen, die Polizeiinspektionen im ganzen Lande mit Kommunisten zu besetzen und einen Polizeiapparat über ganz Thüringen aufzubauen. Die Mehrzahl der Polizeipräsidenten ist kommunistisch. Die KPD stellt den ersten Vizepräsidenten des Landes mit großen Vollmachten und sie ist im Besitz der Präsidialkanzlei. Die KPD hat also praktisch alle Machtpositionen im Lande in der Hand. Das sind Tatsachen. Es ist die Frage, ob wir das von dem Standpunkte einer gemeinsamen Politik im Interesse der gesamten Arbeiterklasse als verwerflich betrachten. Ich kann es nicht als verwerflich betrachten, daß eine Partei, die die Interessen der Arbeiterklasse vertritt, auch die Machtposition im Staate erwirbt.

Es handelt sich außerdem um eine Frage nicht nur für die Zukunft von Tod und Leben der deutschen Arbeiterbewegung, sondern auch um die Frage, ob Leben oder Untergang der SPD. Denn Genossen, seien wir uns doch darüber klar: Würden wir einen Kampf gegen die KPD entfesseln, dann würde das bedeuten, daß wir einen

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kampf gegen die Besatzungsmacht auszutragen haben. Können wir uns das leisten? Das Potsdamer Abkommen schreibt eindeutig vor, daß das politische Leben in Deutschland nach den Richtlinien der Besatzungsmacht sich zu vollziehen hat, nach den politischen Anschauungen der jeweiligen Besatzungsmacht. D. h., das politische Leben in der englischen oder der amerikanischen Besatzungszone kann anders sein und wird anders sein, als das politische Leben innerhalb der russischen Besatzungszone. Ich habe auf dem Landesparteitag schon zum Ausdruck gebracht, daß wir erst durch den Befehl des Marschalls Schukow vom 2. Juni[64] die Möglichkeit gehabt haben, unser politisches Leben wieder aufzubauen, und ich habe daran anknüpfend die Bemerkung gemacht: Politische Geschenke verpflichten. D. h., auch wenn wir uns nicht ohne weiteres unter die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens stellen würden, so würden wir doch schon allein auf Grund dieses Befehls moralisch verpflichtet sein, uns durchaus loyal und vertrauensvoll mit der Besatzungsmacht abzufinden und gemeinsam mit ihr zu arbeiten. Darüber hinaus liegen die Beschlüsse der beiden Zentralinstanzen vor, des Zentralkomitees und des Zentralausschusses[65], an die wir gebunden sind. Unsere Linie ist damit eindeutig klargestellt und festgehalten.

Kurz und gut, Genossen, ich bin der Auffassung, daß wir unser Verhalten gegenüber der KPD so einstellen sollten, daß wir sie als eine Bruderpartei betrachten, mit der es keinen Machtkampf gibt, sondern mit der es eine Bündnispolitik zu betreiben gilt. Und ich unterschreibe durchaus noch das, was am 8. August ich unterschrieben habe, daß ich mit ihr verantwortungsvoll und kameradschaftlich zusammenarbeiten will. Das bedeutet, daß wir einen Führungsanspruch aufgrund marxistischer Erkenntnisse erheben müssen und daß wir daraus die Schlußfolgerung zu ziehen haben, nämlich: Erst die Parteivereinigung und dann die Massenvereinigung. Wenn beide Parteien sich erst einmal zusammengefunden haben, bilden sie eine so große Masse, daß sie zwar [sic] als Magnet auf die vielen indifferenten Menschen wirken und diese an sich heranziehen.

Wir wollen die Revolution, wir wollen die soziale Umwälzung und die klassenlose Gesellschaft, und wir sind durchaus nicht weniger radikal als die Kommunisten. Das beanspruche ich jedenfalls für mich. Und ich glaube, daß wir einig sein müssen darin, daß wir alles vermeiden müssen, was Gegensätze zwischen den beiden Parteien hervorruft, und nur so kommen wir zum Ziele."

In seinem Schlußwort führte Dr. Brill u. a. aus:

„Meiner Meinung nach begeht der Genosse Hoffmann einen prinzipiellen Fehler, wenn er die Frage des Zusammenschlusses mit der Frage der Zusammenarbeit verwechselt. Für ihn ist das das Gleiche; für mich sind es zwei verschiedene Dinge. Die Frage der Zusammenarbeit in den Verwaltungsorganen ist nur ein Teil – und ich glaube der untergeordnete Teil – für die Frage des Zusammenschlusses und der Schaffung der Einheit der deutschen Arbeiterbewegung. Daß wir mit den Kommunisten überall zusammenarbeiten, das ist selbstverständlich. Daß wir auch jeden Kommunisten zu stützen suchen im Kampf gegen bürgerliche Kreise, auch das ist selbstverständlich. Wenn es seitens der Kommunisten gegenüber den Sozialdemokraten genauso gemacht würde, ich glaube, dann lägen die Verhältnisse um ein Vieles besser. Das ist leider nicht der Fall. Es ist nicht ein zweiseitiger Bündvertrag, in dem wir zueinander stehen, sondern es ist ein einseitiges diktiertes Verhältnis.

---

[64] Gemeint ist wahrscheinlich der Befehl Nr. 2 der Sowjetischen Militäradministration vom 10. Juni 1945 über die Zulassung von politischen Parteien.

[65] Zentralkomitee (ZK) der KPD; Zentralausschuß (ZA) der SPD.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Praktisch, stelle ich fest, ändert sich an unserer Linie nichts. Es ist maßgebend der Beschluß des Landesparteitages. Wir werden also versuchen, die Zusammenarbeit fortzusetzen, geleitet durch die zentralen Instanzen. Wir werden versuchen, die parteipolitisch unbestimmten Antifa-Ausschüsse überall zu beseitigen. Wir werden versuchen, überall die Aktionsausschüsse wieder zu beleben und zu Fraktionsgemeinschaften zusammenzufassen, und wir werden weiter dabei unsere organisatorische und ideelle Selbständigkeit aufrecht erhalten, und vor allen Dingen versuchen, zu einem eigenen Aktionsprogramm zu kommen.

Wenn wir diesen Weg gehen, dann werden wir, glaube ich, in zwei Jahren – und vor Ablauf von zwei Jahren wird die Rückkehr der Kriegsgefangenen nicht erledigt sein – so weit sein, daß wir einen konstituierenden Kongreß für die Gründung einer einheitlichen deutschen Arbeiterpartei einberufen können. Und dann, Genossen, ist es ganz klar, auf welcher Grundlage diese Partei aufgebaut werden muß: nicht auf der Grundlage wie in Gotha 1875 oder in Nürnberg 1922, daß sich zwei politische Parteien, nämlich SPD und KPD, organisatorisch zusammenschließen, sondern so, daß durch eine Zusammenfassung von Gewerkschaften, Genossenschaften und politischen Parteien eine neue Partei geschaffen wird. Wahlen, die bis dahin stattgefunden haben, werden uns ja einen Anhalt dafür geben, wie ein solcher zu konstituierender Kongreß zusammengesetzt sein könnte.

Nicht Vereinigung von SPD und KPD, sondern die Gründung einer neuen deutschen Arbeiterpartei, die alles bisherige und das hinzukommende Neue gestaltet, das ist meiner Meinung nach der Gesichtspunkt, auf den hinzuarbeiten ist."

Die Einigungsbestrebungen gingen nach dem Wunsche der russischen Besatzungsbehörden – in Thüringen gefördert durch Heinrich Hoffmann, der Dr. Brill im Vorsitz des Landesverbandes der SPD am 29. Dezember 1945 ablöste – ohne Rücksicht auf die vielfachen Widerstände in den Reihen der SPD weiter. Brill war mit seiner Familie schon Mitte Dezember 1945 zu seinem Freunde Erich Gniffke nach Berlin gegangen, wo er im April 1946 an der Neugründungskonferenz der Berliner SPD teilnahm. Er ging im Juni 1946 nach Hessen als Leiter der Staatskanzlei[66].

Am 19. und 20. Januar 1946 fand die erste gemeinsame Delegiertenkonferenz von KPD und SPD in Jena statt; es sprachen als große Prominenz Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, die ich in meiner Dienstwohnung zu Gaste hatte. Zu später Abendstunde fand die Unterredung zwischen mir und Otto Grotewohl statt, über die ich anschließend berichte.

Heinrich Hoffmann brachte es zustande, daß der Vereinigungsparteitag für Thüringen schon am 8. April in Gotha stattfand. Ich war als Zuhörer anwesend; es herrschte – jedenfalls unter den Sozialdemokraten – zum Teil eine gedrückte Stimmung, obwohl kaum jemand wagte, auch nur zu seinem Nachbarn, eine abweichende Meinung gegenüber der allgemein betriebenen Hochstimmung zu äußern, in der Dr. Paul, der damalige Ministerpräsident von Thüringen, in seiner Begrüßungsansprache um seine Aufnahme in die neue Partei als Mitglied Nr. 1 bat. Die Vereinigung von SPD und KPD für den gesamten Bereich der Ostzone fand auf dem Parteitag im ehemaligen Admiralspalast in Berlin am 21. und 22. April 1946 statt, auf dem sich Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl auf der Bühne, jeder stellvertretend für seine Partei, mit Händedruck das

[66] Vgl. auch Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 120. Brill (vgl. Anm. 9) wurde zunächst Berater bei der amerikanischen Militärregierung (OMGUS) in Berlin und am 4. Juli 1946 Staatssekretär im (Groß-)hessischen Staatsministerium. Von der Leitung der hessischen Staatskanzlei trat er im Juli 1949 zurück. Brill war seit 1948 Honorarprofessor für Öffentliches Recht an der Frankfurter Universität und gehörte 1949–1953 als Abgeordneter der SPD dem 1. Deutschen Bundestag an.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gelöbnis zu gemeinsamer Arbeit in der sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gaben. Damit war die „Einigung der Arbeiterklasse" in der Ostzone nach bolschewistischem Wunsch und Vorbild vollzogen. So war auch ich ungefragt Mitglied der SED geworden; die Tatsache bestärkte mich in dem Wunsche, diesen Teil meines Vaterlandes möglichst bald zu verlassen. Die Illusion, die ich anfangs hegte, daß sich 80% Sozialdemokraten gegenüber nur 20% Kommunisten durchsetzen würden, war völlig verflogen.

[...]

Am 19. Januar 1946 waren Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, wie ich schon andeutete, bei mir als Gäste. Pieck machte auf mich einen umgänglichen, biederen Eindruck; er wurde damals vielfach „Papa Pieck" und auch „Opa Pieck" genannt, was er gerne hinnahm, und was für seine Partei, insbesondere neben Walter Ulbricht, durchaus förderlich war.

Während Pieck nach dem Mittagessen mit seiner russischen Eskorte fortfuhr, blieb Grotewohl noch als mein Gast über Nacht. Er kam nach dem Abendessen beim Stadtkommandanten noch vor Mitternacht, begleitet von einem Kriminalbeamten, der sich nicht von ihm trennte, auch als wir im Herrenzimmer an einem runden Tisch in tiefen Sesseln Platz genommen hatten. Glücklicherweise hatte der Beamte reichlich getrunken, so daß er trotz unseres Gespräches einschlief und so tief in den Sesseln versank, daß die drei großen Pistolen deutlich zu sehen waren, die er in den Rocktaschen trug. Grotewohl war abgespannt und müde, hatte wohl auch einiges getrunken, ohne sich dies anmerken zu lassen. Wir haben von Mitternacht bis gegen 3 Uhr geplaudert und gezecht. Darüber habe ich mir am nächsten Morgen folgende Aufzeichnungen gemacht[67]:

T. Wir werden doch in einiger Zeit zu einer Reichsregierung und zu einem Friedensvertrag für Deutschland kommen?
G. Das kann noch lange dauern.
T. Ich dachte drei bis vier Jahre, dann sind die Zonengrenzen beseitigt.
G. Oh, wenigstens zehn Jahre dürften vergehen.
T. Das wäre ja schrecklich, dann fiele Deutschland auseinander.
G. Troeger! Was wäre schon dabei, wenn es 20 oder gar 30 Jahre dauerte?
T. Nach 50 Jahren ist alles vorbei! Dann würde ich die Einheit Deutschlands nicht mehr erleben.
G. Troeger! Was liegt an uns? Wir sind nichts! Unser Leben bedeutet gar nichts in der Geschichte der Völker!

---

[67] Die Anwesenheit Grotewohls und Piecks in Jena am 19. und 20. Januar 1946 bezeugen auch Henschel und Möller, Saalestadt Jena, Leipzig 1964, S. 29 (als „1200 Delegierte über den Zusammenschluß beider Parteien berieten"). Gleichwohl müssen bezüglich der chronologischen Zuordnung dieses Gespräches durch Troeger Zweifel angemeldet werden, die sich aus einigen Details ergeben. So läßt sich ein Auftreten Grotewohls als Redner auf einer politischen Kundgebung in Essen vor dem 19. Januar 1946 nicht nachweisen; auch eine Reise Troegers nach Essen ist vor diesem Zeitpunkt unwahrscheinlich. Die im Gespräch erwähnten sowjetischen Aktiengesellschaften (zur Verwaltung von 213 wichtigen Industriebetrieben, die in den Besitz der Sowjetunion übergingen) wurden erst durch den Befehl Nr. 167 vom 5. Juni 1946 errichtet, und von Churchills „Proklamation" der Vereinigten Staaten von Europa konnte man erst nach dem 19. September 1946 (Rede in Zürich) sprechen. Es liegt daher nahe, den Zeitpunkt dieses mitternächtlichen Gespräches, das hinsichtlich Grotewohls nicht überbewertet werden sollte, in die Zeit nach dem 1. Oktober 1946 zu legen, als Grotewohl bei einem Besuch in Jena den Versuch machte, Troeger „für eine Position bei der Regierung in Pankow zu gewinnen", vgl. oben S. 908.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

T. Da muß ich sagen, daß es mir bisher immer nur um Deutschland ging.

G. Es geht nicht um Deutschland, es geht um Europa. Wir sind nur Objekte. Es geht darum, wer Europa beherrscht. Es geht um den Kampf zwischen dem Sozialismus und Kapitalismus. Troeger, da stehen wir auf Seiten des östlichen Sozialismus. Was hat der amerikanische Kapitalismus in Europa zu suchen? Er will uns nur ausbeuten.

T. Ich meine, wir werden in den nächsten zwei bis drei Jahren ein Wettrennen zwischen der Ost- und Westzone wegen der besseren Versorgung der Bevölkerung erleben.

G. Das werden wir.

T. Da befürchte ich, daß die Engländer und Amerikaner sich die Sache etwas kosten lassen, um politische Eroberungen zu machen.

G. Das werden sie.

T. So bin ich gar nicht sicher, daß die Russen in dem Wettbewerb gut abschneiden werden.

G. Troeger, wissen Sie, daß England etwa 40 % der Kohlengruben des Westens besetzt hält?

T. Ja, dafür gibt es aber dort viel weniger Demontagen und keine russischen Aktiengesellschaften.

G. Ohne Kohle geht keine Industrie. Die Kohle gehört den Engländern.

T. Es kommt aber doch darauf an, wie sie verteilt wird, was davon für die Deutschen übrigbleibt.

G. Troeger, wissen Sie, wie es im Ruhrgebiet aussieht? Sind Sie einmal in Essen gewesen?

T. Ja, im Juli dieses Jahres.

G. Ich war erschüttert, woher die 13000 Menschen gekommen waren, die meiner Versammlung beiwohnten. Man sieht nichts als Trümmer in Essen; die Menschen hausen in Kellern und Erdlöchern. Troeger, das ist schlimm! Das halten die Menschen nicht aus. Sie bleiben auch nicht ruhig, weil sie hungern und frieren. Troeger, ich sage Ihnen, wir werden schon in diesem Winter Unruhen erleben. Die Menschen werden auf die Straßen gehen. Die Engländer werden mit ihren Panzern kommen, die werden nicht schießen, aber das Ansehen der englischen Besatzung verträgt das nicht. In der russischen Zone wird es das nicht geben. So werden die Menschen sehen, daß sie vom Kapitalismus nichts zu erwarten haben!

T. Ich glaube trotzdem, daß England seine Position in Deutschland nicht aufgibt. Rechnen Sie also mit Krieg?

G. England ist dazu nicht mehr imstande; es hängt völlig von Amerika ab. Man möchte gern aus Deutschland einen Cordon sanitaire machen.

T. Churchill, der alte Fuchs, weiß das gewiß, deshalb proklamiert er die Vereinigten Staaten von Europa.

G. Richtig, man könnte auch sagen: Bürger aller Länder, vereinigt euch!

T. Ich glaube, daß Frankreich ganz ablehnend ist.

G. Es geht um Europa, Troeger!

T. Warum dann die vielen Worte um die Einheit Deutschlands?

G. Das können nur wenige verstehen. In der öffentlichen Versammlung, zu der Masse kann ich davon nicht sprechen. Was wir jetzt erleben und was dann kommt, das ist nicht das Letzte. Die Entwicklung geht weiter, über uns hinweg. Der Bolschewismus, der Sozialismus ist nicht das Letzte, es kommt anders. Wie die Welt vor 5000 Jahren ganz anders ausgesehen hat als heute, so wird sie in 2000 Jahren auch ganz anders aussehen. Wir sind ein Stück Natur, und die Natur lebt weiter. Das dürfen

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wir niemals vergessen. Wenn man so denkt und redet, Troeger, dann ist man ganz allein, dann ist große Einsamkeit um uns und nur der Himmel über uns.

T. Alle großen Gedanken und Erfindungen kommen aus der Stille der Einsamkeit. Kennen Sie das famose Büchlein „Lob der Stille" von Clement, dem Bonner Kunsthistoriker?

G. Das kenne ich nicht und brauche es nicht zu kennen, denn ich habe ein schönes Bild vor mir. („Die Schneegruben im Riesengebirge" von Erwin Merz.) Troeger, dort auf der äußersten Spitze stehe ich bei solchen Gedankengängen. Unter mir der Abgrund, hinter mir die frostigen, festen Steine und über mir der Himmel, nichts als Himmel, der sich an einer Stelle geöffnet hat. Troeger, so wird Geschichte erlebt, ich sage erlebt, nicht gemacht, denn Geschichte machen kann niemand. Wir können nur ahnen, was kommt, und danach handeln.

T. Trotzdem müssen wir doch unsere Pflicht tun und versuchen, auf den Gang der Ereignisse Einfluß zu gewinnen. Das ist doch nun gerade im kleinen Jena mein ganzes Bemühen.

G. Troeger! Was liegt an uns? Als ich Steine schleppte und mit der Schippe in der Hand am Tage zwei Mark verdiente und nach Hause brachte, damit meine Frau Brot kaufen konnte, da war es genau so wie heute – die Geschichte zog mich mit.

T. Wer stünde wohl in der Ostzone im Augenblick mehr an der Spitze der geschichtlichen Entwicklung als Sie? Pieck und Grotewohl, die beiden Namen weisen den Weg.

G. Wilhelm III. ist ein feiner Mann – Sie verstehen mich! Er hat große Verdienste um die Arbeiterschaft, sie liegen in der Vergangenheit. Wir beide müssen jetzt zusammengehen, dabei verstehen wir uns in allen Fragen.

T. Ich kann mir denken, daß Ihnen dabei die größte Last aufgebürdet ist.

G. Einer muß es doch machen, und der bin ich. Ich stehe da oben auf der Spitze, wie auf Ihrem Bild.

T. So machen Sie also doch Geschichte?

G. Für eine Weile gehe ich in die Geschichte ein. Dann aber, nach 50 Jahren, spricht niemand mehr von uns.

T. 50 Jahre sind zu wenig.

G. Sagen wir 100 Jahre – es ist ganz gleichgültig. Die Geschichte geht weiter, und wir sind nichts.

Jahrgang 25 (1977), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte